Wahlplattform

2003 bis 2007

Quelle: SPB

SVP
UDC

Schweizer Qualität

ISBN-Nr.: 3-9522711-0-1

© Generalsekretariat SVP
Brückfeldstrasse 18
3000 Bern 26

SVP UDC

Schweizer Qualität

Inhaltsverzeichnis

Einleitende Kapitel

«Wer etwas ändern will, wählt SVP!» 5

Der Auftrag der SVP 6

SVP – wir stehen ein für die Schweiz 8

Die Themen

Asylpolitik 10

Ausländerpolitik 12

Der Absturz der Sozialwerke ist vorprogrammiert! 14

Aussenpolitik 16

Bildung 18

Energie 20

Der Ausverkauf von Freiheit und Unabhängigkeit hat längst begonnen! 22

Familie 24

Finanzen 26

Forschung und Technologie 28

Gesellschaft und Staat 30

F wie Filz 32

Gesundheit 34

Gewerbe und Tourismus 36

Landwirtschaft 38

Medien 40

Mit der Prämiensenkungsinitiative für tiefere Krankenkassenprämien 42

Sicherheit 44

Sozialwerke 46

Sport und Kultur 48

Wussten Sie, dass die Asylmisere hausgemacht ist? 50

Steuern, Abgaben und Gebühren 52

Verkehr 54

Wirtschaft 56

Schlagwortverzeichnis 58

Die Themen und Schwerpunktkapitel sind je alphabetisch geordnet.

Schweizer Qualität SVP UDC

«Wer etwas ändern will, wählt SVP!»

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Die Wahlen 2003 sind von zentraler Bedeutung. Mit Ihrem Wahlzettel entscheiden Sie darüber, ob die Schweiz vor dem finanziellen Kollaps gerettet und die kommende Generation vor dem Ruin bewahrt werden kann. Sie entscheiden, ob sich endlich etwas ändert an den Missständen in unserem Land. Denn nur eine gestärkte SVP wird die Kraft haben, etwas zu bewegen und für mehr Sicherheit, für tiefere Steuern und geordnete Staatsfinanzen, für Eigenverantwortung und Unabhängigkeit zu sorgen. Mit dieser Wahlplattform halten Sie unser Wahlversprechen für die nächsten vier Jahre in den Händen, und darauf können Sie zählen.

Weniger Steuern, Abgaben und Gebühren, mehr zum Leben

Die Finanzen von Bund, Kantonen und Gemeinden sind in einem desolaten Zustand. Die öffentliche Hand lebt seit langem über ihre Verhältnisse. Mit Milliardensubventionen hat die Eidgenossenschaft die Gründung einer neuen Fluggesellschaft und die Durchführung der Landesausstellung finanziert. Filmförderung, Kinderkrippen, ein Gleichstellungsbüro und weitere unnötige Ämter werden mit Bundesgeldern finanziert oder subventioniert. Den Bürgern wird Jahr für Jahr mehr an Steuern, Abgaben und Gebühren aus der Tasche gezogen, um die Staatskasse wieder ins Lot zu bringen. Ihnen bleibt weniger zum Leben, aber das Loch im Staatshaushalt wird dennoch nicht kleiner. Die steigende Belastung führt vielmehr dazu, dass die Wirtschaft stagniert und Steuerzahler abwandern. Es ist höchste Zeit, dass die Steuern, Abgaben und Gebühren endlich gesenkt werden. Andere Parteien beschränken sich darauf, «Steuerstopp» auf ihre Fahnen zu schreiben. Die SVP tut etwas und stimmt im Parlament konsequent für Steuersenkungen und gegen die unnötige Aufblähung des Staatshaushaltes.

Sicherheit ist ein Recht!

Diebstahl, Einbruch und Gewalt auf der Strasse, in öffentlichen Verkehrsmitteln und sogar an den Schulen sind trauriger Alltag geworden. Kriminaltouristen nützen unsere löchrigen Grenzen, und Drogendealer aus aller Herren Länder missbrauchen unser Asylrecht. Der Staat nimmt seine Aufgabe nicht mehr wahr, für die Sicherheit von uns Bürgern zu sorgen. Dies muss endlich ändern: Delikte müssen verfolgt und geahndet werden, die Strafen müssen der Schwere der Delikte entsprechen, ausländische Schwerstverbrecher sind des Landes zu verweisen. Unser Land soll wieder sicher sein!

Die SVP kämpft aber nicht nur für die Sicherheit vor Kriminalität. Sie setzt sich auch dafür ein, dass Sie auch morgen noch eine sichere AHV-Rente bekommen, dass Sie auf ein qualitativ hoch stehendes, aber auch bezahlbares Gesundheitswesen zählen dürfen und dass Sie sich auf ein finanziell gesichertes soziales Netz verlassen können.

Für Unabhängigkeit und Freiheit

Die SVP steht zum bewährten Sonderfall Schweiz. Als Fels in der Brandung hat unser Land einen wichtigen Platz inmitten einer EU, welche vor grossen Herausforderungen steht. Unsere Freiheit und Unabhängigkeit machen uns stark und als sicheren Wirtschafts- und Finanzplatz attraktiv. Diese Stärken gilt es zu bewahren. Die SVP tritt ein für eine weltoffene Schweiz, die sich selbstbewusst dort einsetzt, wo ihre Qualitäten gebraucht werden, und sich nicht dem Diktat der Grossmächte unterwirft. Die demokratischen Rechte des Volkes sollen international Vorbild sein und keinesfalls vermeintlichen aussenpolitischen Zielen wie dem EU-Beitritt geopfert werden.

Nationalrat Ueli Maurer, Präsident der SVP Schweiz

Schweizer Qualität
SVP UDC

Der Auftrag der SVP

Der Auftrag der Wählerinnen und Wähler verpflichtet

Mit der Wahlplattform legt die SVP alle vier Jahre vor den Wahlen ihr Programm fest, auf das man sie behaften kann: Insbesondere eine selbständige, unabhängige, neutrale und direktdemokratische Schweiz, ein schlanker Staat mit eigenverantwortlichen Bürgern, weniger Steuern und Abgaben, eine gesunde Finanzierung unserer Sozialwerke und mehr Sicherheit. Die SVP nennt Missstände beim Namen und bekämpft sie konsequent. Mit Ihrer Stimme geben Sie uns den Auftrag, auf diese und weitere in der Wahlplattform gesetzten Ziele hinzuarbeiten.

Erfüllung des Wählerauftrages als oberstes Ziel

Wählerinnen und Wähler zu vertreten heisst, ohne Wenn und Aber dieses Programm im politischen Alltag umzusetzen. Dies wiederum bedeutet, nicht nach lukrativen und vom Steuerzahler zu berappenden Posten und Pöstchen zu streben, denn dadurch entstehen Bestechlichkeit, Misswirtschaft und Filz. Genau diese Missstände aber bekämpft die SVP. Dabei nimmt sie in Kauf, dass sie sich bei anderen politischen Kräften und den Medien unbeliebt macht. Doch Schweigen schadet unserem Land und wäre Verrat an Programm und Wählerschaft.

Oberstes Ziel einer Partei und ihrer gewählten Vertreter muss es sein, die ihnen bei der Wahl in ein Amt mitgegebenen Aufträge zu erfüllen. Je grösser der jeweilige Wähleranteil, desto wichtiger werden auch diese Aufträge. Und diese wollen die SVP und ihre Exponenten zur besten Zufriedenheit der Wählerinnen und Wähler ausführen – gradlinig und konsequent. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, hat die SVP von Fall zu Fall denjenigen Weg einzuschlagen, der die schnellste und beste Umsetzung des Wählerwillens ermöglicht. Dies kann durch Zusammenarbeit mit anderen Parteien, aber auch im Alleingang geschehen. Wenn die Wählerinnen und Wähler der SVP nicht dulden, dass der Bundesrat die Finanzen nicht im Griff hat, ordnungspolitische Sündenfälle begeht, die Ausgaben ständig ansteigen lässt, die Sozialwerke in den Ruin treibt und gleichzeitig mehr Steuereinnahmen anstrebt, dann sind Kompromisse der SVP mit anderen Parteien fehl am Platz.

Konkordanz und direkte Demokratie

Sinn und Zweck einer Konkordanzregierung wäre es, alle wichtigen Parteien im Land nach ihrer Wählerstärke in die Regierung einzubinden. Diese Basis für die Konkordanz ist heute nicht realisiert: Obwohl sie wählerstärkste Partei ist, wird der SVP die angemessene Einsitznahme in der Landesregierung durch die anderen Parteien nach wie vor verweigert. So können Lösungsansätze der SVP nicht ihrem Gewicht entsprechend im Bundesrat eingebracht und vertreten werden. Sie hat den Wählerauftrag trotzdem zu erfüllen, und zwar innerhalb oder allenfalls auch ausserhalb des Bundesrates bzw. der Regierung. In unserem Parteien- und Regierungssystem hat dies eine lange Tradition: Seit Jahrzehnten beanspruchten Parteien immer wieder dieses Recht. Unser Regierungssystem mit allen wichtigen Parteien kann auf die Dauer nur funktionieren, wenn jeder beteiligten Partei auch eine abweichende Haltung zugestanden wird. Wer sich von der Beantwortung dieser Grundsatzfrage drückt und stattdessen auf Diskussionen über Stilfragen ausweicht, gerät in Verdacht, eigene Pfründe zu verteidigen. Die SVP wird auch in Zukunft die Instrumente der direkten Demokratie nutzen müssen, wenn sie in den Parlamenten keine Mehrheit findet. Dies ist sie ihren Wählerinnen und Wählern schuldig. Das Nutzen von politischen Rechten ist Ausdruck der direkten Demokratie. Selbstverständlich wird die SVP ihren Sitzanspruch weiterhin geltend machen, weil sie zu einem echten Konkordanzsystem und damit auch zu einer echten Zauberformel steht.

Die Bilanz der Regierungsparteien

Gegen den erbitterten Widerstand der SVP stehen wir heute vor einem Schuldenberg von über 100 Milliarden Franken, mehr als die Eidgenossenschaft je hatte. Der Bundesrat und die Regierungsparteien SP, FDP und CVP sind zu schwach, den Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen. Gegen unseren Willen hat die Schweiz ihre Steuer- und Fiskalquote in den letzten zehn Jahren von

allen OECD-Staaten am meisten erhöht und damit unserer Wirtschaft und unseren Arbeitsplätzen schweren Schaden zugefügt. Der Mittelstand wird ausgesaugt. Wichtige Verträge mit dem Ausland wurden amateurhaft verhandelt und entsprechend schlecht abgeschlossen. Auf eine Lösung des Asyl- und Ausländerproblems warten wir seit Jahren vergeblich. Der gigantische Asylmissbrauch mit Milliardenkosten geht ungehindert weiter. Die Expo.02 kostete den Bund das Sechsfache des ursprünglich versprochenen Betrags. Die Ausgaben im Bereich Soziale Wohlfahrt sind unter der letzten SP-Bundesrätin von jährlich 8,6 auf 13 Milliarden angewachsen. Gegen den Widerstand der SVP wurde ein Krankenkassendebakel auf Kosten der Prämienzahler verursacht, das seinesgleichen sucht. Entgegen den ablehnenden Volksentscheiden zum EWR- und EU-Beitritt opfern der Bundesrat und die andern Parteien die Schweiz und ihre Selbständigkeit Schritt für Schritt den internationalen Interessen. Statt die Schweizer Bevölkerung zu vertreten, reisen unsere Funktionäre hochoffiziell und staatlich hoch bezahlt devot in der Welt herum.

Die SVP als Alternative

Die heutige desolate Situation lässt sich nicht mehr verdecken. Sie ist das Resultat einer schlechten Politik und einer falsch verstandenen Konkordanz. Die SVP hat all diese negativen Entwicklungen für Land und Volk entschieden bekämpft – und diesen Kampf praktisch allein gegen alle andern geführt. Demokratie ist die Staatsform der Alternativen. Zum Glück haben die Wählerinnen und Wähler bei den eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober 2003 eine Alternative. Es ist die Alternative zu den vereinigten Regierungsparteien SP, FDP und CVP, die all die geschilderten Zustände herbeigeführt haben: die SVP. Zum Glück hatte die SVP in der Vergangenheit die Kraft, sich zu widersetzen und bessere Lösungen vorzulegen. Es wäre für die demokratische Kultur unseres Landes verheerend und für die Wählerinnen und Wähler deprimierend, wenn auch die SVP mit allen andern im selben Boot gesessen wäre.

- Die Exponenten der SVP werden die im vorliegenden Programm abgegebenen Versprechen mit aller Kraft umsetzen.
- Der Wählerauftrag bildet für die SVP und ihre Exponenten die Grundlage für die Politik der nächsten Jahre.
- Nach dem Motto «Klar in der Sache – fair im Stil» fördern die Exponenten der SVP den demokratischen Meinungsbildungsprozess in der Öffentlichkeit durch klare, sachliche und faire Argumente.
- Kommt es im Parlament zu Beschlüssen, die in fundamentalem Widerspruch zu politischen Zielen der SVP stehen, ist die SVP gezwungen, zu direktdemokratischen Mitteln zu greifen.
- Die SVP strebt den ihr zustehenden zweiten Bundesratssitz an.
- Die SVP steht zu einem echten Konkordanzsystem und zu einer Zauberformel, bei der im Bundesrat die grossen Parteien mit zwei Sitzen und eine kleine Partei mit einem Sitz vertreten sind. Werden die Regeln der Zauberformel durch die Mehrheit des Parlamentes politischen Kriterien unterworfen, stehen der SVP alle politischen Mittel zur Erkämpfung ihres Anspruchs zur Verfügung.

Schweizer Qualität
SVP UDC

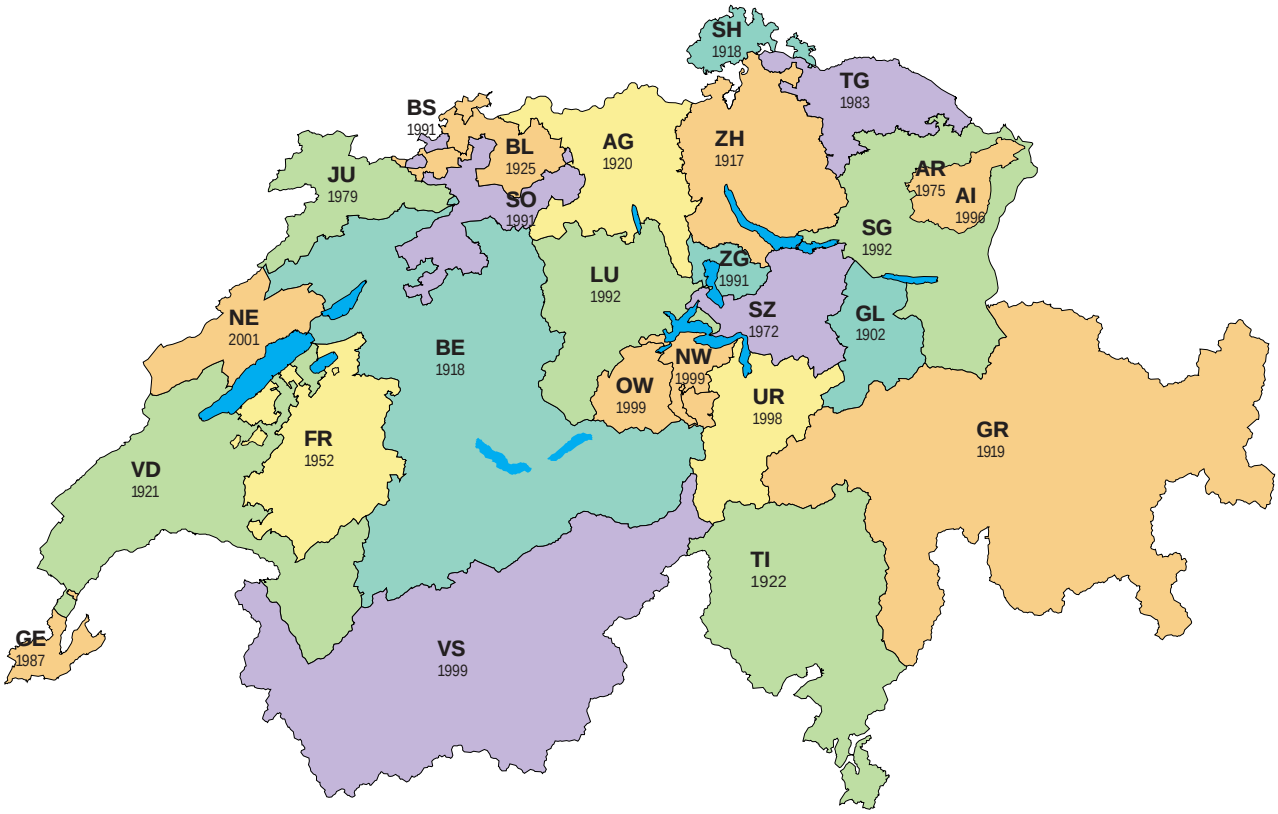
Grundsätze: SVP – wir stehen ein für die Schweiz

Vertrauen auf Bewährtes – Freiraum für Neues

Die Politik der SVP basiert auf christlichen und demokratischen Grundwerten. Bewährte traditionelle Werte und fortschrittliche Errungenschaften verbindet die SVP zu einer zukunftsorientierten Politik. Qualität und Substanz zählen, nicht Schein und leere Worte; das Leistungsprinzip statt der Filzpolitik. Die SVP vereint als echte Volkspartei alle, die sich für die Zukunft der Schweiz einsetzen wollen – ob Jung, ob Alt, ob Frau oder Mann, ob Reich oder Arm. Die Vielfalt der Schweiz spiegelt sich in der Vielfalt der SVP wieder.

Ja zur demokratischen Willensnation Schweiz

Die Geschichte der Schweiz als Willensnation ist eine Erfolgsgeschichte. Direkte Demokratie und Föderalismus sorgen dafür, dass Probleme dort gelöst werden, wo sie entstehen. Die Eigenverantwortung und das demokratische Mitbestimmungsrecht des Bürgers garantieren Frieden, Freiheit und Wohlstand. Der Bund ist nur dort ergänzend und koordinierend tätig, wo es nötig ist. So ist eine gedeihliche Entwicklung im ganzen Land, von den Zentren bis in die Randgebiete, möglich.
Mit diesen bürgernahen und demokratischen Strukturen



SVP-Kantonalparteien und ihre Gründungsjahre – in allen Kantonen für die Schweiz einstehen

SVP UDC Schweizer Qualität

ist die Schweiz Vorbild für andere Staaten und darf stolz sein auf ihre Entwicklung und den erreichten Wohlstand im Land. Für die Zukunft gilt es, diesen Weg weiterzugehen und nicht in Ängste vor dem Nachbarn EU oder in Kleinmütigkeit zu verfallen.

Kulturelle Vielfalt und regionaler Zusammenhalt

Die Willensnation Schweiz zeigt ihre Stärke im Zusammenhalt des Landes in seiner kulturellen Vielfalt mit vier Landessprachen und 26 Kantonen und Halbkantonen mit ihren eigenen Traditionen. Jede Region, jeder Kanton, jede Gemeinde hat ihre eigene Geschichte und pflegt ihre überlieferten Bräuche. In unzähligen Vereinen wird Tradition und Brauchtum ohne künstliche staatliche Förderung Tag für Tag gelebt.

Der Föderalismus gewährleistet eine dezentrale Entwicklung, eine Verteilung der Ämter und Gerichte und den Zusammenhalt aller Regionen trotz unterschiedlicher Bedürfnisse. Vom Jura bis zum Tessin, von Genf bis Graubünden können alle sicher sein, dass ihre Stimme gleich viel gilt wie die Stimme Berns. Der Bund sorgt ergänzend für optimale Rahmenbedingungen, damit die Versorgung überall funktioniert und Randgebiete oder Agglomerationen nicht nur von Subventionen abhängig sind. Mit einem Minimum an Staat und einem Maximum an Markt kann die Versorgung mit den elementaren Gütern des Lebens in Zentren ebenso wie in Randregionen am besten gewährleistet werden. Lebensmittel, Bildung, Energie, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit für tatsächlich Bedürftige, innere und äussere Sicherheit, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur sind so zu erbringen, dass die Leistungen möglichst günstig und in bestmöglicher Qualität und Breite erbracht werden.

Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung

Die SVP setzt auf die Freiheit und Eigenverantwortung als traditionelle Werte, welche der Schweiz Wohlstand gebracht haben. Die Eigenverantwortung beginnt in der Familie und gehört schliesslich in jeden Bereich, von der Wirtschaft über den Verkehr bis hin zu den Sozialversicherungen. Es geht nicht an, bei allem und jedem den Staat um Hilfe zu rufen. Der Staat hat dort tätig zu werden, wo der Einzelne nicht wirken kann: Er hat Schutz zu bieten vor Krieg und Gewalt, und er hat eine Infrastruktur und ein soziales Netz zu gewährleisten, das die Grundbedürfnisse sichert. Wo immer aber möglich, hat der Einzelne für sein Tun und Handeln Verantwortung zu übernehmen und Konsequenzen zu tragen.

Diese Grundsätze bilden die Grundlage für die Wahlplattform und die Forderungen der SVP für die Zukunft unseres Landes.

Asylpolitik

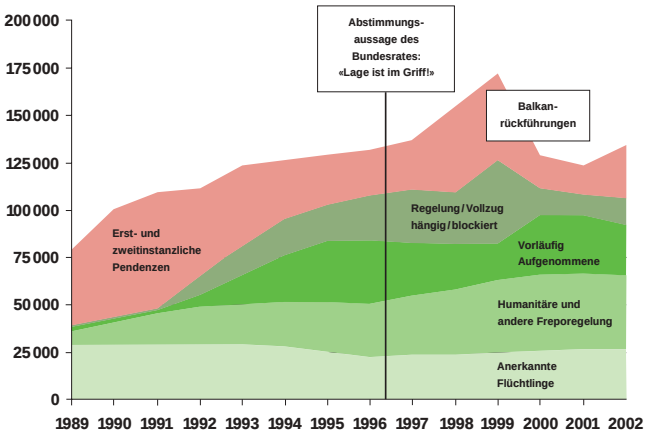
Die Schweiz ist heute eines der wichtigsten Zielländer für Scheinflüchtlinge. Der Grund dafür ist die Asylpolitik von Bundesrat und Parlament, die dem Asylrechtsmissbrauch trotz der Warnungen der SVP Tür und Tor offen lassen. Die Asylgesuchszahlen steigen stetig an, und der Drogenhandel ist fest in der Hand von Asylsuchenden und illegalen Aufenthaltern. Die SVP kämpft seit Jahren allein gegen diese Misere. Der Bundesrat macht lediglich leere Versprechen und sagt, er habe alles im Griff. So kann es nicht weitergehen. Die SVP fordert, dass gegen kriminelle Asylbewerber und illegale Einwanderer endlich kompromisslos vorgegangen wird. Unser Land braucht ein Asylrecht, das denen Schutz bietet, die an Leib und Leben bedroht sind und nicht denjenigen, die unter dem Asylvorwand in die Schweiz kommen, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern.

Schluss mit dem Asylrechtsmissbrauch

Die SVP hat mit ihrer Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» dem Missbrauch unserer Gastfreundschaft durch Scheinflüchtlinge und kriminelle Ausländer den Kampf angesagt. Die Initiative erreichte das Ständemehr, scheiterte mit 49,9% aber hauchdünn am Volksmehr. Die SVP sieht sich in ihrer Stossrichtung bestätigt und wird die bundesrätliche Misswirtschaft im Asylwesen weiter bekämpfen. Das Asylgesetz ist so zu verschärfen, dass dem Asylrechtsmissbrauch ein Riegel geschoben wird. Personen, die ihre Identität verschleiern, um die Ausschaffung zu verhindern, oder die über ein sicheres Drittland in die Schweiz weiterreisen, obwohl sie im Transitland ein Asylgesuch hätten stellen können, missbrauchen unser System.

Asylverfahren verkürzen

Asylverfahren können sich heute von der ersten Instanz über den Rekurs bis hin zu mehreren Wiedererwägungsverfahren über Jahre hinziehen. Es hat sich schnell herumgesprochen, dass man sich auf diesem Weg auch eine Aufenthaltsgenehmigung erzwingen kann, unabhängig vom ablehnenden Entscheid der ersten Instanz. Die SVP fordert daher eine wirksame Verkürzung des Verfahrens durch zwingende Fristen, nicht nur für die ersten Entscheide, sondern auch für Rekurs und Wiedererwägung. Personen, deren Gesuch abgelehnt worden ist, haben unser Land zu verlassen.



Personen des Asylbereichs, Stand Ende 2002
(Quelle: Bundesamt für Flüchtlinge)

Begriffserklärung:

Humanitäre oder andere fremdenpolizeiliche Regelung: Personen, die nicht als Flüchtlinge anerkannt werden, aber dennoch ein Bleiberecht erhalten.

Erstinstanzlich hängig: Asylsuchende im Verfahren.

Zweitinstanzlich hängig: Abgewiesene Asylsuchende im Rekursverfahren bei der Asylrekurskommission (ARK).

Blockiert: Aufenthaltsregelung oder Vollzug der Wegweisung ausstehend oder technisch blockiert.

Vorläufig Aufgenommene: Personen, denen zwar kein Asyl gewährt wird, die aber auch nicht weggewiesen, sondern provisorisch aufgenommen werden.

SVP UDC
Schweizer Qualität

Vollzug verbessern und Kosten senken

Der Grenzschutz wird immer mehr vernachlässigt. Dadurch wächst auch der Zustrom der Asylbewerber. Dafür ist der Bund verantwortlich. Er hat deshalb auch die Verantwortung für die Ausschaffung zu tragen und die Kantone nach Kräften beim Vollzug der Entscheide zu unterstützen. Er hat auch Betreuungsstandards für die Kantone festzulegen. Damit können Luxusleistungen unterbunden und Kosten gespart werden.
Der Bund hat weiter dafür zu sorgen, dass Entscheide rasch vollzogen werden. Ausschaffungen sind jedoch nur möglich, wenn die Identität der Personen bekannt ist und die nötigen Papiere dazu vorliegen. Es sind daher alle Hürden abzubauen, welche die Abklärung behindern. Die Papierbeschaffung ist sofort nach dem erstinstanzlichen Bescheid an die Hand zu nehmen und nicht erst nach Ablauf der Einsprachefrist.

Gegen Kriminelle strikt vorgehen

Je grösser die Zahl der Asylsuchenden, desto einfacher ist es für Kriminelle, das Asylrecht zu missbrauchen. Rund die Hälfte aller erfassten Straftäter in der Schweiz sind Ausländer. Die heutigen Strafbestimmungen schrecken zu wenig davor ab, Straftaten zu begehen. Die Rechtssprechung ist zu lasch, die Haftbedingungen sind zu luxuriös. Die SVP fordert die sofortige Ausweisung krimineller Asylbewerber. Ist dies nicht möglich, sind kriminelle Asylbewerber bis zu ihrer Ausweisung zu internieren.

Standpunkte

- Die SVP fordert die Bekämpfung des Asyltourismus durch:
  – bessere Grenzkontrollen
  – Nichtbehandlung von Asylgesuchen von Personen, die über sichere Drittstaaten eingereist sind (sog. «Drittstaatenregelung»)
  – Sammelunterbringung der Asylbewerber bis zum Asylentscheid und Vollzug
  – einen konsequenten und raschen Vollzug der Entscheide.

- Die SVP fordert eine Beschleunigung der Verfahren durch:
  – kurze Fristen für Verfahren, Rekurs und Wiedererwägungen
  – Papierbeschaffung mit Hilfe des Bundes nach dem erstinstanzlichen Entscheid.

- Die SVP fordert die Ausweisung krimineller Asylbewerber. Wenn dies nicht möglich ist, sind sie zu internieren.

- Die SVP fordert eine Senkung der Kosten im Asylbereich durch mehr Effizienz auf allen Ebenen und die gesamtschweizerische Festlegung des Betreuungsstandards.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Migrationspolitik – glaubwürdig und zukunftsorientiert (1998)

Forderungskatalog Sicherheit Schweiz (2002)

Griffige Gesetze gegen den Asylrechtsmissbrauch (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Asylpolitik

Schweizer Qualität
SVP UDC

Ausländerpolitik

Die Schweiz ist auf Grund ihrer Grösse und ihrer Bevölkerungsdichte kein Einwanderungsland. Dennoch wurde sie in den letzten Jahren zum Ziel vieler Scheinflüchtlinge und illegaler Einwanderer. Der Bundesrat steht dieser Entwicklung konzeptlos und überfordert gegenüber. Wegen der laschen Politik der anderen Parteien hat die Schweiz heute einen der höchsten Ausländeranteile Europas. In unserem Land ist jeder Fünfte ein Ausländer. Bundesrat und Parlament versuchen, mit massiven Erleichterungen der Einbürgerung die Statistiken zu beschönigen. Die SVP tritt dieser Verschleuderung des Bürgerrechts entgegen. Sie fordert eine Migrationspolitik, mit welcher der Ausländeranteil nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich gesenkt wird.

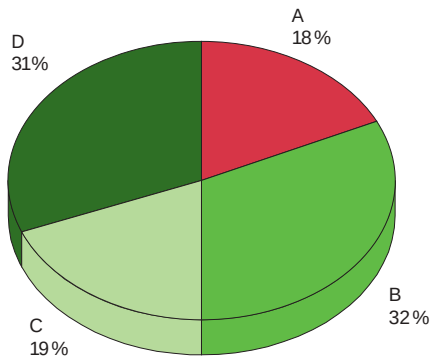
Regeln festlegen

Die Schweiz hat als Gastgeberin das Recht, zu bestimmen, wen sie aufnehmen will und welche Regeln dabei gelten sollen. Für die Migrationspolitik haben folgende Grundsätze zu gelten:

- Es gibt für ausländische Staatsangehörige grundsätzlich kein Recht auf eine Aufenthaltsgenehmigung – weder für Arbeitswillige noch für Asylsuchende noch für deren Familienangehörige. Wer nicht zum Aufenthalt in der Schweiz berechtigt ist, ist konsequent wegzuweisen.
- Wer eine Aufenthaltsgenehmigung erhält, hat sich als Gast an unsere Gesetze zu halten. Recht und Ordnung sind konsequent durchzusetzen. Für extreme Gruppierungen und deren Aktivitäten ist in unserem Land kein Platz.
- Jeder Ausländer ist selber dafür verantwortlich, wie weit er sich integrieren will. Er muss aber die Folgen seines Handelns selber tragen und kann keine Sonderbehandlung erwarten. Wer zum Beispiel keine Landessprache spricht, muss selber um Übersetzung oder das Ausfüllen allfälliger Formulare besorgt sein, wenn dies nötig ist. Es ist nicht Aufgabe des Staates, hier einzugreifen.
- Die Einbürgerung ist der letzte Schritt auf dem Weg einer erfolgreichen Integration und muss immer beantragt werden. Über die Art des Verfahrens auf kommunaler Ebene entscheidet jede Gemeinde selber.

Arbeitskräfte ja – Zuwanderung nein

Der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften wechselt mit der jeweiligen wirtschaftlichen Situation. Die Rekrutierung von Arbeitskräften ist daher in beidseitigem Interesse so flexibel wie möglich auszugestalten. Sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer haben oft nur saisonale Bedürfnisse. Befristete Kurzzeitbewilligungen ohne Familiennachzug tragen dem am besten Rechnung. Sie ermöglichen Arbeitskräften, für eine befristete Zeit in der Schweiz zu arbeiten, wenn Arbeitsplätze vor-



Anteile an der Einwanderung in die Schweiz:

A) Der Kontingentierung unterstehend (durch den Staat steuerbar)

B) Familiennachzug (teilweise steuerbar)

C) Umwandlung Saison- in Jahresaufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung; Schüler, Studenten, Rentner und Erholungsaufenthalter (nicht steuerbar)

D) Übrige (nicht steuerbar)

SVP UDC
Schweizer Qualität

handen sind. Damit wird das Wirtschaftswachstum gesichert, ohne die Zuwanderung gleichzeitig zu fördern. Im Weiteren ist die Entwicklung der Zuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit als Teil der bilateralen Verträge mit der EU im Auge zu behalten. Die SVP lehnt eine Ausdehnung der Freizügigkeit auf die neuen Mitgliedstaaten ab, bis die Referendumsfrist im Jahre 2009 abgelaufen ist. Sollte es zu einer markanten Zuwanderung kommen, muss das Volk über die Verträge noch einmal abstimmen können. Nur mit einer Zulassungspolitik, die auf die Bedürfnisse unseres Landes ausgerichtet ist, kann der Ausländeranteil gesenkt werden.

Einbürgerung als letzter Schritt der Integration

Die Schweiz ist eine Willensnation, und ihr politisches System basiert auf dem Föderalismus und der direkten Demokratie. Wer daran teilhaben will, muss diese Grundsätze verstehen und akzeptieren. Das Erlangen der Schweizer Staatsbürgerschaft ist daher der Schlusspunkt eines Integrationsprozesses. Eingebürgert kann nur werden, wer im Besitz einer Niederlassungsbewilligung ist, über ausreichende Kenntnis einer Landessprache in Wort und Schrift verfügt, für sich und seine Familie aufzukommen vermag, mit den Verhältnissen in der Schweiz vertraut ist und die schweizerische Rechtsordnung beachtet. Der Souverän einer jeden Gemeinde bestimmt frei, welches Organ über die Erteilung des Bürgerrechts entscheidet. Der nach den Regeln der Demokratie getroffene Entscheid ist endgültig, eine Beschwerde dagegen ist nicht möglich. Es bleibt ein Recht der Gemeinschaft, eine Einbürgerung auch abzulehnen. Man kann einen Schweizer Pass nicht einfach kaufen, sondern man muss sich dafür entscheiden. Die SVP fordert daher, dass Einbürgerungswillige in der Schweiz bei der Erteilung des Schweizer Passes ihre ausländische Staatsbürgerschaft aufgeben. Die SVP bekämpft zudem jegliche Automatismen bei der Einbürgerung, insbesondere die automatische Einbürgerung bei der Geburt *(ius soli).* Eine erleichterte Einbürgerung kommt für solche junge Ausländer der zweiten Generation in Betracht, die in der Schweiz geboren sind und hier die Schule durchlaufen haben.

Standpunkte

- Die SVP tritt ein für die reale Senkung des Ausländeranteils und fordert:
  – keine unbefristeten Aufenthaltsbewilligungen für Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten
  – Verlängerung der Wartefristen und Senkung der Altersgrenze für den Familiennachzug
  – Ausschluss des Familiennachzugs für Kurzaufenthalter und saisonale Arbeitskräfte
  – rigorose Bekämpfung von Scheinehen
  – keine Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen.
- Die SVP fordert, dass mit den künftigen EU-Mitgliedstaaten bis zum Ablauf der Referendumsfrist 2009 nicht über die Personenfreizügigkeit verhandelt wird.
- Die SVP lehnt das Stimm- und Wahlrecht für Ausländer ab.
- Die SVP verlangt klare Kriterien zur Erteilung des Schweizer Bürgerrechts und fordert:
  – Die unbefristete Aufenthaltsgenehmigung ist Voraussetzung für ein Einbürgerungsverfahren.
  – Alle Einbürgerungswilligen haben mit einem einheitlichen Test den Nachweis zu erbringen, dass sie ausreichende Kenntnisse einer Landessprache haben.
  – Wer in unserem Land den Schweizer Pass erhält, muss bereit sein, die ausländische Staatsbürgerschaft aufzugeben.
  – Kein gerichtliches Beschwerderecht gegen abschlägige Einbürgerungsentscheide.
  – Die Wahl des Verfahrens auf kommunaler Ebene obliegt der Gemeinde.
  – Keine automatische Einbürgerung, das heisst kein *ius soli.*

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Migrationspolitik – glaubwürdig und zukunftsorientiert (1998)

Geld allein garantiert keine Integration (2001)

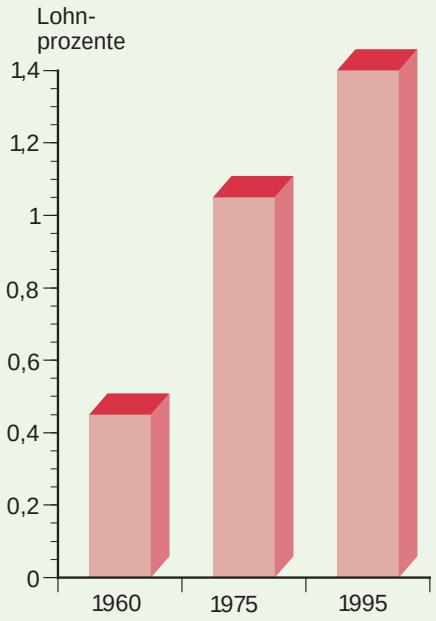
Sorge tragen zum Schweizer Bürgerrecht (2001)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Der Absturz der Sozialwerke ist vorprogrammiert!

Die Leistungen der Sozialwerke der Schweiz wurden in den letzten Jahren über Gebühr und ohne Rücksicht auf die Finanzierung ausgebaut. Die Sozialausgaben haben sich dadurch in zehn Jahren fast verdoppelt! Diese unbedachte Politik hat die Zukunft der sozialen Sicherheit in Gefahr gebracht. Wichtige Sozialwerke weisen heute ein Defizit aus, und die Sozialversicherungen fressen einen immer grösseren Anteil des Geldes aus unserem Portemonnaie!



Der IV-Beitragssatz wird laufend erhöht!
(Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen)

Die Mehrkosten der Sozialversicherungen können in Zukunft durch das Wirtschaftswachstum bei weitem nicht mehr gedeckt werden. Auch dann nicht, wenn man ein unrealistisch hohes Wachstum annimmt. Der ungedeckte Mehrbedarf beträgt bis 2010 geschätzte *vier MwSt-Prozente.* Wenn dies so weitergeht, erreichen wir das MwSt-Niveau der EU auch ohne einen Beitritt!

Die AHV in Geldnot

Die SVP hatte sich mit der Goldinitiative für einen Zustupf für den gebeutelten AHV-Fonds aus den überschüssigen Goldreserven eingesetzt. Insbesondere die so genannten Mitte-Parteien widersetzten sich mit fadenscheinigen Argumenten diesem Volksvorschlag:

«Die FDP-Fraktion wird die schädliche Goldinitiative der SVP entschieden bekämpfen und der gemeinsamen Plünderung der Goldreserven durch Rechtspopulisten und Linke einen Riegel schieben.»

FDP-Communiqué vom 5. März 2002

Will die FDP lieber noch mehr Steuern, um die gefährdete AHV für unsere Nachkommen zu sichern?

Ziel der 11. AHV-Revision war es, die Mehrausgaben der 10. Revision zu kompensieren. Aber im Parlament gibt immer noch Parteien, die denken, ein weiterer Ausbau sei finanzierbar:

«Die SP Schweiz wird sich in der 11. AHV-Revision für ein flexibles Rentenalter in der Form einer Ruhestandsrente einsetzen.»

SP-Communiqué vom 17. Juli 2000

Und wer soll die Rechnung für diesen flächendeckenden AHV-Luxus bezahlen?

Ohne zusätzliche 1,5 MwSt-Prozente und jährlich 200 Mio. Franken von den überschüssigen Goldreserven der Nationalbank wird dieses Ziel nicht erreicht. Immer noch diktieren Ausbaugelüste die Diskussion

SVP UDC Schweizer Qualität

anstatt die Einsicht, dass das Sozialwerk vor allem auf eine solide finanzielle Basis gestellt werden muss.

IV – die Invalidenversicherung, die keine mehr ist

Seit 1993 ist die IV laufend im Defizit. Im Jahr 2002 betrug der Ausgabenüberschuss beinahe 1200 Mio. Franken! Die Ursache liegt in der stetig wachsenden Zahl der IV-Rentner. Es werden immer neue Kategorien von Rentenbezügern geschaffen: Drogenabhängige, Langzeitarbeitslose, Fürsorgeabhängige usw. Inzwischen macht die IV einen höheren Umsatz als die SBB und die Post! Im Durchschnitt beziehen fast 5% aller Personen im erwerbstätigen Alter eine Invalidenrente. Mit dieser Politik wird das Sozialwerk ausgehöhlt und die Renten der eigentlichen Bezüger, also der Invaliden, gefährdet.

Der IV-Beitragssatz musste laufend erhöht werden. Dies zeigte aber keine Wirkung, da gleichzeitig ein ständiger Ausbau der Rentenkategorien stattfand. So soll ein zusätzliches MwSt-Prozent erhoben werden, um das Defizit zu mildern.

Nebst den Beitragserhöhungen erhofft man sich, mit Kapitalzuschüssen aus der Erwerbsersatzordnung (EO) das Defizit der IV zu verringern. Trotz des Zuschusses von 2,2 Mia. betrug der Negativsaldo 2001 immer noch 3,3 Mia. Ein weiterer Kapitaltransfer von der EO zur IV in der Höhe von 1,5 Mia. ist geplant. Gleichzeitig soll aber die EO, die 2002 ein Defizit aufwies, auch noch für die Mutterschaftsversicherung herhalten. Obwohl das Volk diesen Sozialausbau 1999 klar abgelehnt hatte, soll sie nun doch auf dem Schleichweg eingeführt werden, da es über die scheinbar volle EO so einfach erscheint. Damit wird deutlich: Wird mit der Plünderung eines Kässelis erst mal begonnen, ist der Ruin nicht mehr aufzuhalten. Statt bei den Ursachen anzusetzen und die Ausgaben zu verringern, wird laufend nach neuen Einnahmequellen gesucht.

BV – der zweiten Säule droht die Krise

Die 2. Säule hatte dank ihres Systems (Kapitaldeckungsverfahren) lange Zeit keine Probleme. Die anstehende BVG-Revision in Kombination mit der Börsenbaisse zeigt nun auf, dass diese Sorglosigkeit trügerisch war. Die Aufsicht über die Privatversicherer im Bereich der 2. Säule war in den vergangenen Jahren mangelhaft. Filz und Misswirtschaft haben dazu geführt, dass es bei vielen Pensionskassen nicht zum Besten steht. Zu lange wurde in die eigene Tasche gewirtschaftet und die Hoffnung auf satte Börsengewinne zur Deckung der Fehlbeträge genährt. Es ist anzunehmen, dass viele Versicherer Vermögen der 2. Säule für andere Investitionen verwendet haben. In öffentlichen Kassen sind massivste Unterdeckungen die Regel. Auf Grund der Verquickung der Interessen verschiedenster Politiker mit denjenigen der Versicherer sind die Pensionierten die Leidtragenden und nicht diejenigen, die das Schlamassel verursacht haben.

Die SVP kämpft für die Sicherung unserer Sozialwerke! Sie setzte sich ein für:

- den Einsatz der nicht benötigten Währungsreserven zu Gunsten des AHV-Fonds
- eine AHV-Revision mit dem Ziel der Sicherung des Sozialwerks
- eine IV-Revision mit dem Ziel, Missbräuche zu bekämpfen und die Finanzierung zu sichern
- neue Modelle für die Altersvorsorge
- einen Verzicht auf den nicht finanzierbaren Ausbau der Sozialwerke

Aussenpolitik

Die SVP ist die einzige Bundesratspartei, die konsequent für eine neutrale und unabhängige Schweiz eintritt, indem sie den Beitritt zur EU sowie weitere Annäherungen an die Nato ablehnt. Sie verurteilt die einseitig auf die EU und internationale Organisationen ausgerichtete Aussenpolitik des vorauseilenden Gehorsams und fordert eine selbstbewusste und offene Zusammenarbeit der Schweiz mit allen Staaten der Welt. Der Bundesrat hat konsequent die Interessen der Schweiz zu vertreten. Er hat jedem Druckversuch zu widerstehen und sich selbstbewusst für eine unabhängige Schweiz und einen sicheren und starken Wirtschafts- und Finanzplatz einzusetzen.

Interessen der Schweiz vertreten

Aussenpolitik bedeutet, die Interessen bezüglich Sicherheit, Unabhängigkeit und Wirtschaft des eigenen Landes zu vertreten. Der Bundesrat hat sich in den letzten Jahren vom Ausland unter Druck setzen lassen und die Interessen der Schweiz Stück für Stück preisgegeben. Die SVP fordert die Regierung auf, sich an die Volksentscheide zu halten: So hat das Volk dem EU-Beitritt an der Urne eine klare Absage erteilt. Dennoch hält der Bundesrat am EU-Beitrittsziel fest. Darüber hinaus hat er sich in weitere bilaterale Verhandlungen mit der EU gestürzt, noch bevor die ersten Verträge in Kraft waren. Damit hat er die Position unseres Landes geschwächt.

Unabhängigkeit und Freiheit stärken statt Erpressungen nachgeben

Der Bundesrat lässt sich immer wieder erpressen. Dies hat sich bereits bei den Diskussionen um den Zweiten Weltkrieg gezeigt. Für einen Beitritt unseres Landes zum EU-Paket Schengen und Dublin ist er gegen den Willen der SVP sogar bereit, Standortvorteile wie das Bankkundengeheimnis aufs Spiel zu setzen. Dabei bringt Schengen unserem Land nicht mehr Sicherheit, sondern ist in erster Linie ein Riesenschritt in Richtung EU-Beitritt. Die Schweiz darf sich nicht einseitig auf Europa fixieren, sondern soll gegenüber der ganzen Welt offene und unabhängige Politik betreiben. Die SVP fordert deshalb eine Denkpause und lehnt weitere bilaterale Verhandlungen ab, bis die Referendumsfrist für die jetzigen Verträge abläuft, also bis 2009. Dies gilt auch für Verhandlungen mit neuen Mitgliedstaaten der EU.

Wirtschaftsstandort Schweiz fördern

Aussenpolitik ist auch Wirtschaftspolitik und damit Sicherung von Arbeitsplätzen. Der Bundesrat hat sich in den letzten Jahren vor allem darauf beschränkt, mit der Schaffung von teuren Staatsstellen zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen den Verwaltungsapparat aufzublähen. Die Bedingungen für die Exportwirtschaft haben sich damit nicht verbessert. Die SVP fordert den Bundesrat auf, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft substanziell zu verbessern statt staatliche Fördermassnahmen zu betreiben. Insbesondere bei den künftigen Verhandlungen mit der World Trade Organisation (WTO) gilt es, die Interessen der Schweiz zu wahren.

SVP UDC Schweizer Qualität

Neutralität und gute Dienste für Frieden und Sicherheit

Wirksamster Beitrag der Schweiz zum Frieden in der Welt sind ihre guten Dienste als Vermittlerin und Beobachterin. Die neutrale Schweiz ist ein sicherer und attraktiver Boden für den Sitz internationaler Organisationen. Dabei hat das Prinzip der Offenheit und Nichtparteinahme zu gelten. Es ist nicht Aufgabe der Schweiz, über Gut und Böse zu urteilen. Vielmehr hat sie überall dort ihre Hilfe anzubieten, wo Frieden und Demokratie bedroht sind und die anderen, nicht neutralen Länder nicht helfen können oder wollen.

Die SVP bekämpft deshalb die fortschreitende Aufweichung der immerwährenden, bewaffneten und selbst gewählten Neutralität der Schweiz. Sie fordert, dass der Bundesrat auch nach dem Beitritt der Schweiz zur UNO die Neutralität als Voraussetzung für Frieden und Freiheit unseres Landes, aber auch als Voraussetzung für die guten Dienste nicht aufs Spiel setzt. Der Bundesrat hat versprochen, sich zur Stärkung der Neutralität in der UNO konsequent dafür einzusetzen, dass das undemokratische Veto-Recht der Grossmächte rasch abgeschafft wird. Dies hat er nun umzusetzen.

Dem Volk das letzte Wort auch in der Aussenpolitik

Die Selbstbestimmung der Schweiz wird immer mehr durch internationale Konventionen und Verträge beschnitten. So bestimmen heute oft internationale Gremien, was das Schweizervolk zu tun hat und was nicht. Stimmbürger müssen deshalb bei völkerrechtlichen Verträgen mehr als bisher mitbestimmen können. Die SVP verlangt daher den Ausbau des Staatsvertragsreferendums. So wird auch sichergestellt, dass sich der Bundesrat dem Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zu unterziehen hat.

Standpunkte

- Die SVP fordert eine weltoffene Aussenpolitik zur Wahrung der Interessen unseres Landes und unserer Wirtschaft im Welthandel.
- Die SVP bekämpft den Beitritt zur EU. Das Beitrittsgesuch ist endlich zurückzuziehen.
- Die SVP fordert ein Moratorium für bilaterale Verhandlungen mit der EU über neue Dossiers sowie für die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf neue Mitgliedstaaten bis zur allfälligen Referendumsabstimmung im Jahr 2009.
- Die SVP lehnt den Beitritt zu Schengen und Dublin ab.
- Die SVP steht zum Finanzplatz Schweiz und fordert die Verankerung des schweizerischen Bankkundengeheimnisses in der Bundesverfassung.
- Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Stimmbürger bei völkerrechtlichen Verträgen mehr mitreden können, und fordert daher die Ausweitung des Staatsvertragsreferendums.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Unabhängig, selbstbewusst, neutral (1999)

Aussenpolitisches Papier (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Bildung

Die SVP setzt auf eine qualitativ hoch stehende und leistungsorientierte Ausbildung. Der hohe Bildungsstandard ist eine der wichtigsten Ressourcen des Wirtschafts- und Werkplatzes Schweiz. Das hohe Niveau ist jedoch verloren gegangen: Die Schule wird heute zunehmend zur Erziehungsstätte und kann so ihren Bildungsaufgaben immer weniger gerecht werden. Die Qualität der Bildung in unserem Land leidet an der Nivellierung zu einem mittelmässigen «Bildungs-Einheitsbrei» und der Aushöhlung des Leistungsprinzips. Dazu kommen als weitere Belastungen für die Schule die Verharmlosung des Suchtmittelmissbrauchs durch das Bundesamt für Gesundheit und die fehlgeleitete Asyl- und Ausländerpolitik von Bundesrat und Parlament. Eine Trendwende ist dringend notwendig.

Die Ausbildung in der Schweiz im Sturzflug

Mit ihrem Bildungsstand nimmt unser Land im internationalen Vergleich zwar immer noch einen Spitzenplatz ein. Wie eine Studie der OECD 2002 zeigt, kann die Schweiz aber in der Entwicklung immer weniger mithalten. Damit geht eine wichtige Ressource unseres Landes verloren. Dies schadet auch dem Wirtschafts- und Werkplatz Schweiz. Um wieder eine gute Ausbildung zu gewährleisten, setzt sich die SVP für die Einhaltung folgender Grundsätze in der Bildungspolitik ein:

- Die Eltern erziehen, die Schule bildet aus.
- An Schulen und Ausbildungsstätten hat das Leistungsprinzip zu gelten.
- Schulen müssen suchtmittel- und gewaltfrei sein.
- Alle Berufsziele sind gleichwertig.

Im Elternhaus muss beginnen …

Die Eltern tragen die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder. Sie haben ihre Kinder so vorzubereiten, dass die Schule ihre Bildungsaufgabe wahrnehmen kann und sich nicht auf Erziehungsarbeit konzentrieren muss. Die Eltern haben auch die Konsequenzen für allfälliges Fehlverhalten ihrer Kinder zu tragen. Dies heisst unter anderem, dass sie die Kosten für eine Ersatzbetreuung übernehmen müssen, wenn ihre Kinder von der Schule verwiesen werden müssen. Damit wird einem wichtigen Grundsatz unserer Gesellschaft, der Eigenverantwortung, Rechnung getragen.

Sprachkenntnisse als Bedingung für den Unterricht

Vielerorts sorgt ein überdurchschnittlicher Anteil fremdsprachiger Kinder an den Schulen für zusätzliche Probleme. Darauf ist auch das mittelmässige Abschneiden der Schweiz in der 2001 veröffentlichten PISA-Studie («Programme for International Student Assessment» der OECD) zurückzuführen. Die Senkung der Zahl der Ausländer mit einer strikteren Migrationspolitik ist der erste Schritt zur Verbesserung der Situation. Gleichzeitig sind aber auch in der Bildungspolitik Massnahmen nötig. Wenn die Kinder die Sprache nicht beherrschen, behindern sie den Unterricht und können sich nur schlecht in die Klasse integrieren. Gewalttätige Auseinandersetzungen können die Folge sein. Die SVP fordert deshalb eine den Sprachkenntnissen angepasste Einschulung fremdsprachiger Kinder. Nötigenfalls sind sie so lange separat zu unterrichten, bis sie die notwendigen Fähigkeiten erlangt haben.

Leistungsorientierte Schule

Kinder und Jugendliche suchen Herausforderungen und Grenzen. Sie brauchen Noten und Messlatten. Nebst dem Erlernen der Teamfähigkeit ist auch der Wettbewerb und

SVP UDC Schweizer Qualität

damit die Leistungsfähigkeit des Einzelnen ein entscheidendes Element der Schule. Nur so kann die Schule auch optimal auf die Berufswelt vorbereiten, unabhängig davon, ob der Abschluss in einem Lehrbetrieb, an einer Fachhochschule oder an der Universität erworben wird. Das bedeutet auch, dass die Anforderungen dem Abschluss entsprechend hoch sein müssen. Die Durchlässigkeit der Stufen darf nicht zu einer Nivellierung nach unten führen.
In einer leistungsorientierten Schule ist kein Platz für Gewalt sowie Zigaretten-, Alkohol- oder Drogenkonsum. Erpressungen, Gewalt und sexuellen Übergriffen ist durch Prävention, aber auch durch Strafen zu begegnen. Nötigenfalls sind Schüler von der Schule zu weisen und in gesonderten Klassen zu unterrichten.

International konkurrenzfähige Berufslehren und Hochschulen

Wie die Entwicklung in anderen Ländern zeigt, ist es nicht sinnvoll, eine bestimmte Ausbildung oder Berufsgruppe einseitig zu fördern oder die Berufsbildung gegen die universitäre Ausbildung auszuspielen. Jeder und jede soll jene Ausbildung machen, die seinen Fähigkeiten entspricht. Absolvierende einer höheren Berufsbildung und Studierende sind bezüglich Finanzierung gleichzustellen. Um die Zusammenarbeit auf der Tertiärstufe zu verbessern, fordert die SVP zudem die Zusammenlegung der Stellen, die sich mit Bildungsfragen befassen, in einem einzigen Bundesamt. Heute sind die Aufgaben auf das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) im Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) und das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) verteilt. Zudem ist eine weitere Straffung und Konzentration des Hochschulangebotes an die Hand zu nehmen.
Das zentrale Ziel der Ausbildung muss die Sicherung der Qualität in jedem Bereich sein. Wer in der Schweiz ausgebildet wurde, soll zu den Besten in seiner Branche zählen. Um dafür auch den Nachweis erbringen zu können, sollen an Fachhochschulen international anerkannte Abschlüsse (Bachelor und Master) erworben werden können.

Standpunkte

- Die SVP steht zum Grundsatz:
  Die Eltern erziehen, die Schule bildet aus.
- Die SVP befürwortet eine klare Leistungs- und Verhaltensbeurteilung in Form von Noten und schriftlicher Bewertung.
- Die SVP fordert, dass Gewalt an Schulen nicht geduldet wird.
- Die SVP tritt für ein absolutes Zigaretten-, Alkohol- und Drogenverbot und dessen konsequente Durchsetzung an den Schulen der Grundstufen ein.
- Die SVP fordert eine möglichst den sprachlichen Fähigkeiten angepasste Einschulung fremdsprachiger Kinder, nötigenfalls in Spezialklassen.
- Die Berufslehre darf nicht zu Gunsten der gymnasialen Ausbildung vernachlässigt werden.
- Die SVP setzt sich dafür ein, dass an Fachhochschulen international anerkannte Abschlüsse erworben werden können.
- Die SVP fordert im Interesse der Qualität eine Konzentration des Angebots an den Hochschulen.
- Die SVP fordert eine bessere Koordination der Tertiärstufe durch die Zusammenlegung der betroffenen Stellen in einem Bundesamt.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Für ein qualitativ hoch stehendes und effizientes Bildungssystem (2001)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Energie

Die SVP tritt ein für eine günstige und sichere Energieversorgung in der Schweiz. Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes versuchen die linken Parteien immer wieder, Energie mit zusätzlichen Steuern und Abgaben zu belasten und so zu verteuern. Sie nützen damit nicht der Umwelt, sondern schaden unserer Wirtschaft. Unsere Kern- und Wasserkraftwerke produzieren schadstoffarme einheimische Energie, die unsere Wirtschaft zu günstigen Preisen braucht. Die SVP lehnt daher jegliche zusätzliche künstliche Verteuerung von Energie ab und wehrt sich gegen die einseitige Bevorzugung einzelner Produktionsarten. Neue Energien dürfen nicht auf Kosten herkömmlicher Produktionsarten gefördert werden. Nur eine diversifizierte Energieversorgung aus verschiedenen Quellen bietet Sicherheit.

Versorgungssicherheit zentral

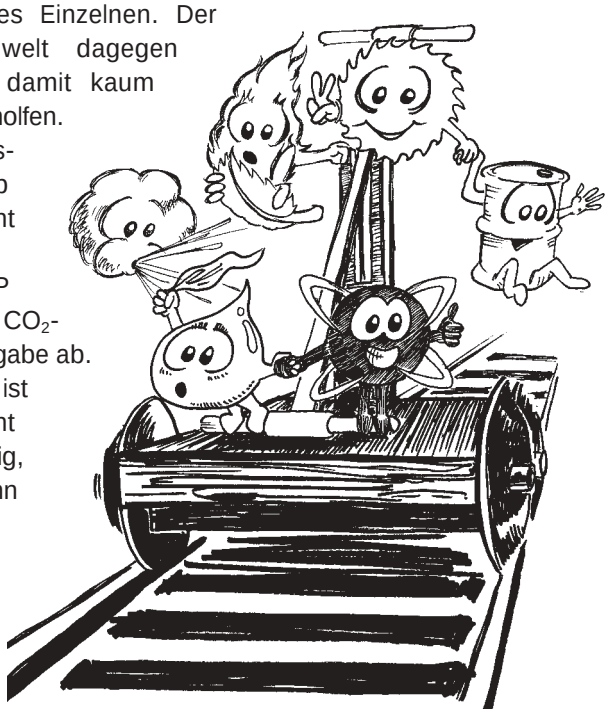
Die SVP bekennt sich zur bewährten und diversifizierten Energieversorgung hauptsächlich durch Wasserkraft, Kernspaltung und fossile Energieträger. Nur so ist eine sichere, umweltfreundliche und schadstoffarme Energieversorgung gewährleistet. Der Bund hat dabei für die nötigen Rahmenbedingungen zu sorgen. Die Versorgungssicherheit hat dabei an erster Stelle zu stehen. Zudem sind die Bemühungen um eine effizientere Stromgewinnung, möglichst sparsame Nutzung, lückenlose Versorgung sowie die Verminderung der Abhängigkeit von ausländischem Erdöl voranzutreiben.

Kernenergie als wichtiger Teil der Versorgung

Die CO_2-freie Kernenergie ist ein wichtiger Bestandteil der Elektrizitätsversorgung, so lange es keinen ebenso sauberen und effizienten Energiequellenersatz gibt. Der Sicherheit und der sparsamen Nutzung durch sorgfältige Wiederaufbereitung von nuklearen Brennelementen ist dabei grösste Wichtigkeit beizumessen. Die Schweiz benötigt die bestehenden Kernkraftwerke, hat aber auch eine Lösung für die Lagerung der radioaktiven Abfälle zu finden. Die SVP lehnt den sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie wie auch den schleichenden Ausstieg über ein Kernenergiemoratorium ab, weil die Kernkraftwerke für unsere Wirtschaft umweltschonende, zuverlässige und kostengünstige Energielieferanten sind.

Günstige Preise

Energie als Grundstoff der Versorgung muss für alle zu günstigem Preis erhältlich sein. Sie darf nicht mit höheren oder neuen zusätzlichen Steuern und Abgaben sowie die Produktion verteuernden Auflagen belastet werden. Die Erhöhung von Energie- und Treibstoffsteuern unter dem Vorwand des Umweltschutzes gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und schmälert das Portemonnaie jedes Einzelnen. Der Umwelt dagegen ist damit kaum geholfen. Deshalb lehnt die SVP die CO_2-Abgabe ab. Sie ist nicht nötig, denn die



SVP UDC Schweizer Qualität

Treibhausgas-Ziele können anders besser erreicht werden: durch eine Senkung des Dieselölpreises, durch die steuerliche Besserstellung von Erdgas und durch die Berücksichtigung von Wäldern als CO_2-Speicher in der Berechnung der Werte.

Keine ökologische Steuerreform

Die SVP lehnt jegliche so genannte «ökologische Steuerreform», also die verstärkte Belastung der Energieträger, ab. Diese Idee funktioniert höchstens in den Theoriebüchern. In der Praxis hat sie zu viele unerwünschte Nebenwirkungen. Sie führt nicht nur zu teurerer Energie, sondern würde generell einen massiven Kostenschub verursachen. Das Volk hat einen Systemwechsel hin zu einer ökologischen Steuerreform bereits abgelehnt. Jegliche weiteren Bemühungen in diese Richtung wären Zwängerei.

Strommarktöffnung für Gewerbe und Industrie

Die gesetzliche Grundlage für eine allgemeine Strommarktöffnung wurde vom Volk abgelehnt. Der Strommarkt wird sich nun für das Gewerbe und die Industrie auf Grund wirtschaftlicher Entwicklungen, aber ohne staatliche Steuerung entwickeln. Die SVP setzt sich dafür ein, dass Unternehmen und Haushalte in Zukunft von günstigeren Preisen profitieren können und dennoch die sichere Versorgung der Bevölkerung gewährleistet bleibt.

Standpunkte

- Die SVP fordert günstige Rahmenbedingungen für eine sichere, kostengünstige und umweltschonende Energieproduktion und -beschaffung in der Schweiz.
- Die SVP lehnt die CO_2-Abgabe, ökologische Steuerreformen und andere zusätzliche Energiesteuern ab.
- Die Wasserkraft als einheimische und umweltfreundliche Energie darf nicht durch unverhältnismässige Umweltauflagen behindert werden.
- Die SVP bekennt sich zur Kernenergie und befürwortet die Wiederaufarbeitung von Brennelementen.
- Die SVP tritt ein für ein Strommarktgesetz mit Regelungen für eine sichere Versorgung und günstige Energie für Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft.
- Die SVP spricht sich für eine moderate, differenzierte Öffnung des Gasmarktes aus.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

CO_2-Reduktion ohne neue Steuern und Abgaben (2001)

Energiepapier (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Energie

Schweizer Qualität
SVP UDC

Der Ausverkauf von Freiheit und Unabhängigkeit hat längst begonnen!

In den letzten Jahren wurde die Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz Stück für Stück preisgegeben. Der Bundesrat ist immer häufiger bereit, auf dem Weg zur EU einen Standortvorteil nach dem anderen aufzugeben: die demokratische Selbstbestimmung, den Grenzschutz, die unabhängige Regelung der Zuwanderung und Einbürgerung und sogar das Bankkundengeheimnis. Statt zum versprochenen freien Handel zu gelangen, ersticken wir im Verkehr, in gesetzlichen Einschränkungen und so genannten Diskriminierungsverboten der EU. Und der Bundesrat ist nicht aufzuhalten:

«Der Bundesrat hat die Kompetenz, die Verhandlungen über den EU-Beitritt von sich aus aufzunehmen. Wir haben die Absicht, diesen Schritt zu tun, sobald die im Dezember mit der EU abgeschlossenen bilateralen Verträge in einer Volksabstimmung angenommen worden sind.»

Bundesrätin Dreifuss 1999 im «Spiegel» 5/99

Die SVP ist die einzige Partei, die den EU-Beitritt ablehnt und damit das wuchtige Nein vom 4. März 2001 zur Volksinitiative «Ja zu Europa» auch ernst nimmt. Die anderen Parteien konzentrieren sich lieber darauf, das Volk zu überreden nach dem Motto «Steter Tropfen höhlt den Stein».

«Die FDP sieht die Schweiz 2007 als Mitglied der Europäischen Union.»

FDP-Vision 2007

«Die CVP tritt für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union (EU) ein.»

Positionspapier CVP-Impulse – zum Start ins 21. Jahrhundert

«Jetzt muss die Regierung ihre Strategie einer innenpolitischen Vorbereitung des Beitritts umsetzen, damit die Schweiz – wie vom Bundesrat versprochen – in der nächsten Legislatur für Verhandlungen mit der EU wirklich fit ist.»

Communiqué der SP vom 4. März 2001

Die EU hat sich seit dem Vertrag von Maastricht das Prinzip der «Harmonisierung» aller wichtigen Wirtschafts- und Politikbereiche auf die Fahnen geschrieben. Damit hat sie sich für eine zentralistische Struktur entschieden, was in allen EU-Ländern viel kostspielige Bürokratie wachsen lässt. Mit der Osterweiterung werden zudem in Kürze noch zehn zusätzliche, vor allem finanzschwache Länder in den EU-Verbund aufgenommen. Die Kostenexplosion ist vorprogrammiert, ebenso die Steuererhöhungen.

Diese Entwicklung muss die Schweiz zur Vorsicht mahnen. Verhandlungen über weitere bilaterale Dossiers müssen zum heutigen Zeitpunkt ausgeschlossen bleiben. Der Rückzug des schweizerischen Beitrittsgesuchs ist längst überfällig. Dank der SVP kann das Volk nach Ablauf von sieben Jahren sein Ja zu den bilateralen Verträgen I rückgängig machen. So lange müssen wir uns Zeit lassen, um die Auswirkungen zu prüfen.

Derzeit versucht der Bundesrat, die Schweiz dem Schengen-System der EU anzugliedern. Er nimmt

SVP UDC Schweizer Qualität

dabei in Kauf, dass die Schweiz den Grenzschutz und das eigenständige Strafrecht faktisch aufgeben und sich sicherheitspolitisch ganz in die Hände der EU begeben würde.

Jährlich gelingt es unserem Grenzwachtkorps, mehrere zehntausend Personen festzuhalten, welche mit kriminellen Absichten in die Schweiz gelangen wollen. Wer in einer Zeit zunehmender internationaler Kriminalität den Grenzschutz leichtfertig abbaut, verrät seinen Sicherheitsauftrag gegenüber dem eigenen Volk!

Der Bundesrat ist auch bereit, die Freiheit des Wirtschaftsstandortes preiszugeben und das Bankkundengeheimnis zu opfern, um in der EU mittun zu können. Die SVP sieht die Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Bundesverfassung als einziges Mittel zum Schutz vor dem aussenpolitischen Aktivismus.

Die fünf aussenpolitischen Ziele des Bundesrates:

- ***Die Wahrung und Förderung von Sicherheit und Frieden***
- ***Die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit***
- ***Die Förderung der Wohlfahrt***
- ***Der Abbau sozialer Gegensätze***
- ***Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen***

Legislaturziele des Bundesrates 1999 bis 2003

Und wo bleiben da die Interessen der Schweiz?

Die Aussenpolitik bedroht heute vor allem die Schweizerische Demokratie, die wichtigste politische Errungenschaft unseres Landes. Zunehmend versuchen Verwaltungen und Funktionäre mittels Anbindung der Schweiz an internationale Konventionen demokratische Rechte des Souveräns Schritt für Schritt zu unterlaufen. Einbürgerungen, Ausbildungsstandards, Produktionsvorschriften, Umweltgesetze, Transportregelungen, Handelstransaktionen, Bankgeschäfte, Abfallentsorgung und vieles mehr wird längst nicht mehr im eigenen Land festgelegt. Internationale Normen und Übereinkommen setzen längst den Rahmen für unseren Alltag. Und dies schleichend und der demokratischen Kontrolle entzogen.

Die SVP steht zur Schweiz! Sie hat

- den EU-Beitritt bisher erfolgreich verhindert
- den NATO-Beitritt verhindert
- den Schengen-Beitritt verhindert
- dafür gesorgt, dass über die bilateralen Verträge noch einmal abgestimmt werden kann, sollte dies auf Grund der Erfahrungen mit den Abkommen angezeigt sein
- dem Bundesrat das Versprechen abgenommen, dass der UNO-Beitritt die Neutralität nicht verletzen darf
- die Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung aufgegleist

Die SVP hat ausserdem im eidgenössischen Parlament gefordert, dass:

- völkerrechtliche Bestimmungen nicht direkt als Schweizerisches Recht gelten, sondern erst umgesetzt werden müssen
- das Volk bei Staatsverträgen das letzte Wort hat
- internationale Verträge und Konventionen nicht immer stärker die Rechte der Schweizer Bevölkerung beschneiden

Familie

Die SVP steht zur traditionellen Familie und wehrt sich gegen die schleichende Aushöhlung der Ehe. Gerade im Zeitalter der Globalisierung ist der Wert der Familie als Kern der Gesellschaft unschätzbar. Bundesrat und Parlament setzen diese Grundlage aufs Spiel, indem sie andere Formen der Gemeinschaft der Ehe gleichsetzen und dem Schutz des Lebens immer weniger Bedeutung beimessen. Die SVP fordert eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Familie. Dazu gehören die Gewährleistung der Sicherheit, die steuerliche Bevorzugung von Familien mit Kindern und die Freiheit zur eigenverantwortlichen Aufgabenteilung. Es geht nicht an, dass staatliche Stellen sich unter dem Titel der Gleichstellung in die innerfamiliären Angelegenheiten einmischen. Ebenso wenig darf die ausserfamiliäre Kinderbetreuung staatlich und flächendeckend verordnet werden. Die SVP setzt auf Eigenverantwortung in der Familie, in der Kinderbetreuung und im Zusammenhalt zwischen den Generationen.

Ja zur traditionellen Familie

Die Familie als Kern der staatlichen Gemeinschaft ist gerade in der globalisierten Gesellschaft ein bleibender Wert. Sie sichert die Grundlage für die Entwicklung der Kinder, die Schaffung von Wohlstand und den Zusammenhalt der Generationen. Wer Kinder aufzieht, leistet enorme unentgeltliche Arbeit für die Gesellschaft und hilft mit, die Zukunft des Wohlstandes zu sichern. Die SVP setzt sich für den Schutz dieser Basis ein und bekämpft alle Versuche der Diskriminierung der Institution Familie durch die Gleichstellung mit anderen Gemeinschaftsformen.

Quelle: SPB

Keine staatlich verordnete Aufgabenteilung

Über Gleichstellungsbüros, Frauenbeauftragte und Forschungsstellen für *Gender Studies* (Geschlechterstudien) mischt sich der Staat immer mehr in die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau ein und versucht zu regulieren. Mit Statistiken über Aufwand bei der Hausarbeit, Kinderbetreuung und Freizeitgestaltung wird die Basis geschaffen für Vorschriften über die korrekte Verteilung von Familienarbeit. Die SVP lehnt diese Einmischung in die Familie ab und fordert die Abschaffung dieser Institutionen. Jede Familie soll eigenverantwortlich entscheiden, wer welche Aufgaben übernimmt. Es ist nicht Aufgabe des Staates, hier einzugreifen und Männer wie Frauen in bestimmte Rollen zu zwingen.

Erziehungsarbeit schätzen statt verstaatlichen

Die Erziehung der Kinder liegt von deren Geburt bis zur Volljährigkeit in der Verantwortung der Eltern und kann nicht einfach an den Staat delegiert werden. Unterstützende Angebote wie Tagesschulen oder Kinderkrippen sind deshalb nicht flächendeckend vom Staat vorzuschreiben, sondern gezielt bei Bedarf einzurichten. Der Anstoss dazu hat von den Schulbehörden und den verantwortlichen Eltern zu kommen und nicht vom Bund.

Rahmenbedingungen für Familien verbessern

Der Staat hat die Familie mit guten Rahmenbedingungen zu stützen. Dies beginnt beim rechtlichen Schutz der Institution «Familie». Bundesrat und Parlament scheinen aber eher bemüht zu sein, andere Formen des Zusammenlebens mit der Ehe gleichzustellen. Damit wird die traditionelle Familie umgedeutet und das Fundament unserer Gesellschaft unterhöhlt. Die SVP setzt sich gegen diese Entwicklung zur Wehr. Sie fordert mehr Sicherheit für die Familie in allen Belangen: im Alltag, an der Schule, aber auch finanziell. Für die finanzielle Sicherheit sind steuerliche Entlastungen ein geeignetes Mittel. Im Gegensatz zu flächendeckenden Subventionen entlasten sie gezielt und effizient, indem den Familien mehr zum Leben bleibt.

Standpunkte

- Die Familie ist durch gute Rahmenbedingungen zu stützen, namentlich durch rechtliche und steuerliche Privilegierung.
- Die SVP vertritt den Standpunkt, dass Krippen keine Bundesaufgabe sind.
- Die Familien sind nicht durch Familienzulagen im Giesskannensystem zu unterstützen, sondern durch gezielte kinderabhängige steuerliche Erleichterungen.
- Die SVP tritt für eine eigenverantwortliche Arbeitsteilung in der Familie ein. Sie fordert daher die Abschaffung der Gleichstellungsbüros und weiterer Ämter, die sich mit der staatlichen Reglementierung des Familienlebens befassen.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Die Familie, das bleibende Fundament der Gesellschaft (2001)

Bestellen unter www.svp.ch

Familie

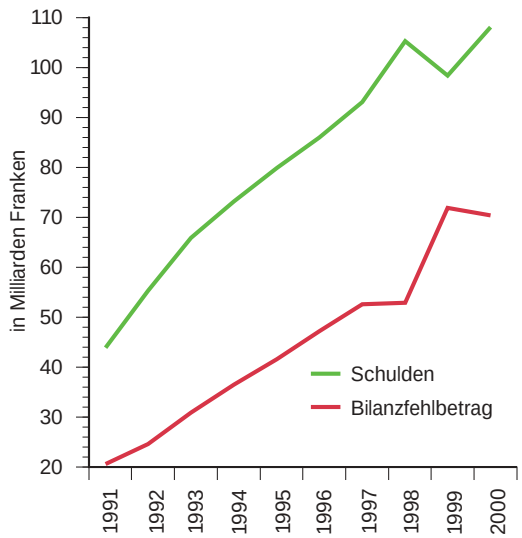
Schweizer Qualität
SVP UDC

Finanzen

In den vergangenen zehn Jahren haben sich die Schulden der Schweiz wegen der Finanzpolitik von Bundesrat und Parlament mehr als verdoppelt. Die Fiskal- und die Staatsquote sind stärker angestiegen als in allen anderen Industriestaaten ausser Japan. Auf eidgenössischer Ebene hat das Volk mit seinem Ja zur Schuldenbremse einen deutlichen Sparauftrag erteilt. Dennoch ist die Ausgabenfreudigkeit des Parlaments ungebremst. Mit grossen Worten wird von Sparen gesprochen und gleichzeitig das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Die SVP steht mit ihren Sparbemühungen meist alleine da. Bezahlen muss es die nächste Generation, denn Defizite sind nichts anderes als aufgeschobene Steuern. So kann es nicht weitergehen. Die Wirtschaft muss wachsen und nicht der Staat. Nur so können wir Wohlstand schaffen. Der öffentliche Haushalt muss durch Ausgabendisziplin saniert werden und nicht durch Steuererhöhungen, die besonders vom Mittelstand zu erbringen sind.

250 Franken pro Sekunde!

So viel gibt die öffentliche Hand allein für Schuldzinsen aus. Das ist mehr als wir in die Bildung investieren! Dies lähmt unser Land. Die Bundeskasse ist mittlerweile ein Sanierungsfall. Die Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden haben sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt und betragen inzwischen über 215 Mia. Franken. So kann es nicht weitergehen. Die SVP kämpft für die Sanierung der Finanzen. Wir wollen keine neuen oder höheren Steuern. Vielmehr ist der Staat durch Steuersenkungen zur Ausgabendisziplin zu zwingen.



Entwicklung Schulden und Bilanzfehlbetrag des Bundes

Die Bundesausgaben wachsen unkontrolliert!

Während die Ausgaben des Bundes seit 1990 um knappe 50% zugenommen haben, wuchs das Einkommen der privaten Haushalte zwischen 1990 und 2000 nur um 22%. Ein Blick in die Zukunft ergibt ein düsteres Bild. Die Ausgabenfreudigkeit von Bundesrat und Parlament nimmt laufend zu. Bis 2006 ist in der Finanzplanung ein jährliches Ausgabenwachstum von 4,3% vorgesehen, was eine totale Steigerung von 17% in vier Jahren ergibt. In den letzten 30 Jahren hat der Bund 23-mal rote Zahlen geschrieben! Der riesige Schuldenberg wird weiter anwachsen. So kann und darf es nicht weitergehen! Der Aufgabenkatalog muss reduziert werden. Die SVP fordert eine Senkung der Staatsquote auf das Niveau von 1990, das heisst auf 10%. Dem Bund dürfen nicht immer zusätzliche Aufgaben übertragen werden. Vielmehr sind der heutige Aufgabenkatalog und die Subventionsliste zu überprüfen und nicht Notwendiges zu streichen. Unabwendbare neue Ausgaben sind immer durch die Streichung anderer zu kompensieren.

SVP UDC
Schweizer Qualität

Schluss mit der Defizitwirtschaft

Das finanzpolitische Gebaren von Bundesrat und Parlament zeigt: Niemand denkt daran, von der Defizitwirtschaft abzurücken. Statt die Ausgaben zu senken, baut man weiterhin auf mehr Einnahmen. Wenn von einem Abbau der Bundesschulden überhaupt einmal die Rede ist, zählen Bundesrat und Parlament auf Steuererhöhungen. Dies hat das Volk mit Annahme der Schuldenbremse nicht gemeint. Mit dem Ja wurde ein deutliches Zeichen für ein Umdenken im Staatshaushalt gesetzt. Dieser Entscheid ist ernst zu nehmen und umzusetzen. Die SVP wird auch in der kommenden Legislatur unnötige Ausgaben konsequent ablehnen. Die SVP kämpft dafür, dass der Bund seine Ausgaben an den Einnahmen orientiert und nicht umgekehrt. Gleichzeitig sollen Steuersenkungspakete geschnürt werden. Nur so kann der Finanzhaushalt wieder auf einen gesunden Boden gestellt werden.

Schuldenkrise untergräbt Wettbewerbsfähigkeit

Die deutlich zu hohe Fiskal- und Staatsquote einerseits und der viel zu dicht gewordene Vorschriftendschungel andererseits berauben die Schweizer Wirtschaft und insbesondere die KMU-Betriebe ihrer Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. Damit der sich laufend verschärfende Rückstand auf andere Länder aufgeholt werden kann, hat die öffentliche Hand Abgaben, Gebühren und Steuern deutlich zu senken und die Überregulierung zurückzunehmen. Dies auch dann, wenn die öffentlichen Einnahmen vorübergehend sinken. Pleiten als Folge nicht mehr tragbarer staatlicher Lasten beeinträchtigen sowohl die Wirtschaft als auch den Staat. Allein gesunde, wettbewerbsfähige Betriebe sichern sowohl Arbeitsplätze als auch die notwendigen Steuereinnahmen.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat ihre Ursache in der zu hohen Verschuldung nicht nur des Staates, sondern auch allzu vieler kleiner und mittlerer Betriebe sowie auch grosser Konzerne. Wenn Eigentum zu stark auf Fremdkapital beruht, ist es nicht mehr echtes Eigentum. Nur wenn der Staat seine Ausgaben massiv zurücknimmt, Abgaben, Gebühren und Steuern senkt und jene Vorschriftenflut, die private Initiative zu erdrosseln droht und finanzielle Ressourcen bindet, deutlich abbaut, kann es wieder aufwärts gehen.

Standpunkte

- Die SVP fordert vom Bund konsequente Ausgabendisziplin und Steuersenkungen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums.
- Die SVP fordert die Reduktion der Bundesschulden ohne Steuererhöhung.
- Die SVP fordert eine jährliche Reduktion der Bundesausgaben mit dem Ziel, die Staatsquote bis 2006 auf 10% (Niveau von 1990) zu senken.
- Notwendige Mehrausgaben sind durch konkrete Einsparungen zu kompensieren.
- Wachstumsbedingte Einnahmenüberschüsse des Bundes sind den Steuerzahlern in vollem Umfange durch entsprechende Steuerreduktionen zurückzugeben.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Die schweizerische Finanz- und Steuerpolitik ist auf dem falschen Weg (2000)

Schluss mit der staatlichen Defizitwirtschaft (2001)

Forderungskatalog «Schluss mit der Schuldenwirtschaft!» (2002)

Bestellen unter www.svp.ch

finanzen

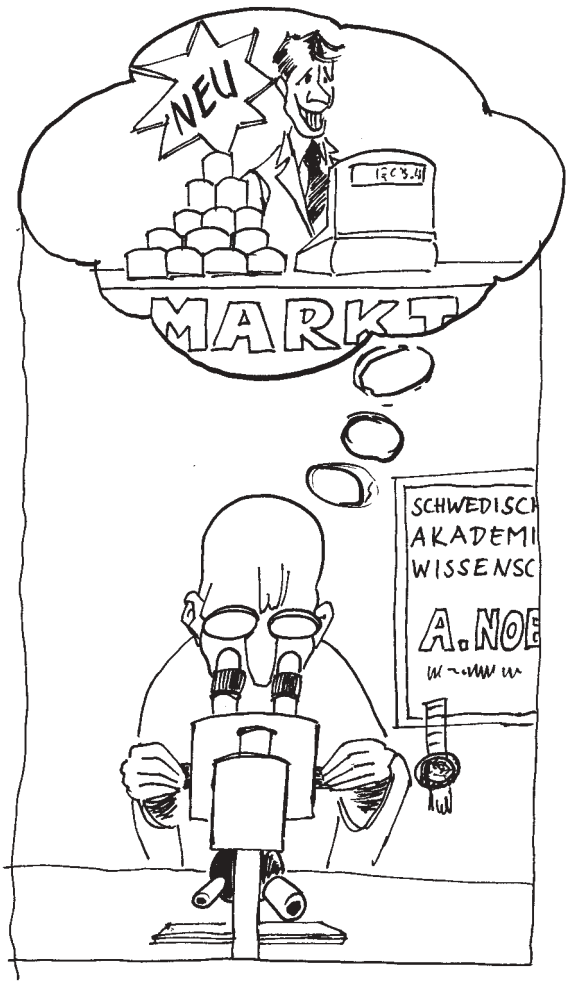
Schweizer Qualität
SVP UDC

Forschung und Technologie

Die SVP steht zum Spitzenforschungsplatz Schweiz. Zielorientierte Forschung ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg. Die Forschung ist aber nicht Selbstzweck, sondern hat ihren sichtbaren Beitrag zur Lösung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen zu leisten. Die SVP fordert deshalb eine enge Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft. Die Grundlagenforschung der Hochschulen und die Spitzenforschung der Unternehmen sichern im Zusammenspiel die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Schweiz und die Arbeitsplätze. Mit günstigen Rahmenbedingungen für eine innovative Forschung der Unternehmen und einer Konzentration auf zielgerichtete nationale Forschungsprojekte kann die Schweiz ihre Stärken als flexibler und überschaubarer Forschungsstandort voll nutzen.

Zielgerichtete Forschung

Die wichtigsten Ressourcen der Schweiz liegen im beruflichen Wissen und Können, aber auch in der innovativen Forschung und Entwicklung. Sorgfalt, Fleiss, Pflichtbewusstsein sowie hohe Qualitätsansprüche sind für die Schweizer Forschung sprichwörtlich. Sie machen unser Land zu einem idealen Forschungsplatz mit einem weltweit ausgezeichneten Ruf. Dieser ist auszubauen durch zielgerichtete Forschung: Grundlagenforschung ist Sache der Hochschulen, während die angewandte Forschung und Entwicklung in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erfolgen muss und durch finanzielle Anreize sicherzustellen ist. Grössere Projekte in internationaler Zusammenarbeit sind zu begrüssen. Das Schwergewicht hat jedoch bei überschaubaren nationalen Projekten zu liegen. Hier kann die Schweiz ihre Stärken voll nutzen. Innovative Forschung wird durch gute Rahmenbedingungen gefördert, indem Investitionen in Projekte steuerlich berücksichtigt werden und Wissenschaftler am finanziellen Erfolg ihrer Studien teilhaben können.



Forschung als Basis für neue Arbeitsplätze

Die Schweiz zeichnet sich aus durch viele internationale Preisträger und eine grosse Zahl von Patenten. In den Natur- und Ingenieurwissenschaften ist unser Land führend. Diesen Spitzenplatz gilt es auch für die Zukunft zu sichern, da damit die Basis geschaffen wird für Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung. For-

SVP UDC Schweizer Qualität

schungsprojekte sind daher auf die Bedürfnisse des Marktes auszurichten und die gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen so auszugestalten, dass Forschung auch für die Unternehmen attraktiv ist und bleibt.

Der Mensch ist keine Forschungsware

Die SVP begrüsst die freie Forschung. Dies heisst aber nicht, dass der Mensch zur Forschungsware werden darf. Es sind angesichts der heutigen Möglichkeiten der Gentechnik bis hin zum Klonen des Menschen Regelungen gefragt, welche die Forschung nicht behindern, aber dennoch das Leben schützen. So geht es nicht an, dass Embryonen zu Forschungszwecken gezeugt oder Klone von Menschen produziert werden. Die Würde des Menschen ist zu wahren, und die Forschung hat seinem Wohl zu dienen und nicht umgekehrt.

Rahmengesetze statt Überreglementierung

Neue Technologien entwickeln sich schneller als die dazugehörende Gesetzgebung. Dies ist als Chance zu betrachten. Der Gesetzgeber soll sich auf die Schaffung von Rahmengesetzen beschränken. Er kann und soll nicht alle Details regeln. Regeln nützen nichts, wenn sie niemand kennt, wenn sie nicht anwendbar sind und nicht durchgesetzt werden können. Ebenso wenig nützt es, wenn die Anwendung neuer Technologien durch den Bund mit Subventionen gefördert wird. Das Beispiel Informatik hat es deutlich vor Augen geführt: Der Bund ist als Förderer meist zu spät und am falschen Ort, wenn es um neue Technologien geht. Der Markt ist der beste Garant für die breite und sinnvolle Nutzung des technischen Fortschritts.

Standpunkte

- Die SVP setzt sich für die Zukunft des Forschungsstandortes Schweiz ein und fordert:
  - eine wirtschafts- und praxisnahe Forschung
  - eine enge Zusammenarbeit zwischen den Forschungszentren, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden und Kosten zu sparen
  - die primäre Verwendung von Forschungsmitteln im eigenen Land
  - dass Projekte, die von der Wirtschaft mitfinanziert werden, verstärkt von staatlichen Krediten profitieren können
  - die grosszügige Berücksichtigung von Investitionen in Forschung und Bildung bei der Steuerveranlagung
  - die Beteiligung von Forschenden an den universitären Hochschulen und Fachhochschulen am finanziellen Erfolg ihrer Projekte.
- Die SVP spricht sich für eine verantwortungsbewusste Forschung aus, namentlich in den Bereichen Gentechnik und Stammzellen.
- Die SVP tritt für die freie Entfaltung neuer Technologien ein.
- Die SVP lehnt die Verschwendung von Steuergeldern zur Förderung der elektronischen Vernetzung ab.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Für ein qualitativ hoch stehendes und effizientes Bildungssystem (2001)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Gesellschaft und Staat

Eigenverantwortung und die persönliche Freiheit sind zentrale Werte der Schweiz. Der Staat hat die Aufgabe, das Leben zu schützen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich jeder Mensch individuell und frei entfalten kann. In die Privatsphäre der Bürger hat sich der Staat jedoch nicht einzumischen. Wegen der Politik der Linken und der Mitteparteien gibt es aber immer mehr Gesetze und Staatseingriffe und immer weniger Freiheit. Der Staat wird immer aktiver und übernimmt laufend neue Aufgaben im privaten Bereich. Gleichzeitig vernachlässigt er seine eigentlichen Aufgaben wie die Gewährleistung der Sicherheit. Die SVP setzt sich dafür ein, dass sich der Staat wieder auf seine eigentlichen Aufgaben konzentriert und der freiheitlichen, individuellen Entwicklung von Jung und Alt Raum lässt.

Raum lassen für die Individualität von Mann und Frau

Frau und Mann, Kinder und Senioren ergänzen sich in einer gesunden Gesellschaft. Erst das Zusammenspiel der unterschiedlichen Eigenschaften und Fähigkeiten eines jeden, die Verbindung der Experimentierfreude und Innovationslust der Jüngeren mit dem Erfahrungsschatz der Älteren führen zu Wohlstand. Personen dürfen nicht von der demokratischen Mitbestimmung ausgeschlossen werden, nur weil sie eine gewisse Altersgrenze überschritten haben. Ebenso wenig sollen Männer oder Frauen zu einer bestimmten Aufgabenteilung gezwungen oder in einem Bereich staatlich gefördert werden, beispielsweise durch Quotenregelungen. Es ist auch nicht Aufgabe des Staates, die politische Vertretung oder Beteiligung von Bevölkerungs- oder Interessengruppen zu sichern. Es obliegt den Parteien und Vereinen, dafür die richtigen Wege zu finden. So bietet die SVP mit der Jungen SVP (JSVP), den SVP-Frauen und den SVP-Senioren Plattformen zur aktiven Parteiarbeit an. So werden vielfältige Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung geschaffen.

Freiheit und Sicherheit für die Jugend

Kinder und Jugendliche sollen in einer sicheren und geordneten Gesellschaft aufwachsen. Sie brauchen Freiheit zur eigenständigen Entwicklung und Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung. Die SVP setzt sich deshalb für eine sichere Schweiz und einen schuldenfreien schlanken Staat ein. Sie bezieht Jugendliche schon früh in die Politik ein und bietet ihnen damit die Möglichkeit, lustvoll zu politisieren und gleichzeitig Verantwortung zu übernehmen. Die Junge SVP trägt die Anliegen der Jugend direkt in die politischen Gremien. Sie betreibt eine eigenständige Politik und vertritt die nächste Generation, die nicht von Steuern und staatlicher Kontrolle erdrückt werden will. Die Eigenverantwortung und das staatsbürgerliche Engagement stehen im Zentrum.

Erfahrungsschatz der Senioren nutzen

Die SVP wehrt sich dagegen, dass die Senioren nach ihrem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben politisch und gesellschaftlich keine Rolle mehr spielen sollen. Die ältere Generation stellt in der heutigen Zeit des Werte-

SVP UDC Schweizer Qualität

wandels mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung mehr denn je eine wertvolle Stütze der Gesellschaft dar. In zehn Jahren wird die Hälfte aller Stimmbürger über 50 Jahre alt sein. Damit wird klar: Es gilt das Potenzial und die Erfahrungen der älteren Generation zu nutzen, statt die demografische Entwicklung zu beklagen.
Es gilt aber auch, die soziale Sicherheit der Senioren zu gewährleisten. Nach wie vor gibt es viele Pensionierte, die ausschliesslich von der ersten Säule, der AHV, leben. Die Belastung durch Steuern und Krankenkassenprämien führt oft dazu, dass Ergänzungsleistungen beansprucht werden müssen. Die SVP fordert deshalb einen angemessenen Abzug für Rentner analog dem Kinderabzug im Interesse eines effizienteren und gerechteren Systems. Gleichzeitig ist auch die private Vorsorge im Interesse der kommenden Rentnergenerationen zu fördern.

Standpunkte

- Die SVP setzt sich für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit der Geschlechter und Generationen ohne Einmischung des Staates ein.
- Die SVP setzt sich für einen schuldenfreien und schlanken Staat ein, in dem Junge ohne Altlasten eigenverantwortlich Zukunftsperspektiven entwickeln können.
- Die SVP tritt ein für die Nutzung des Potenzials aller Generationen.
- Die SVP fordert einen angemessenen steuerlichen Abzug zur Entlastung einkommensschwacher AHV-Rentner auf allen Ebenen.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Die Familie, das bleibende Fundament der Gesellschaft (2001)

Seniorenpolitik (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP
UDC

F wie Filz

Jahrelang genoss die Schweiz einen guten Ruf als Land, in dem Korruption und Vetternwirtschaft keinen Platz haben. Schweizer Firmen standen für Qualität und verantwortungsbewusstes Wirtschaften, und die Geschäfte florierten. Unternehmer und ausländische Partner konnten auf einen stabilen Staat mit verlässlichen Rechtsnormen bauen. Die Hiobsbotschaften der letzten Jahre haben diesen Ruf kaputtgemacht und ein Netz von Filz und Skandalen an den Tag gebracht. Und das ist erst die Spitze des Eisberges, der bis ins Parlament reicht.

Parlamentarier geben für ihre Reisen pro Monat mehr Geld aus, als Schweizer Familien zum Leben haben:

Andreas Gross, SP	10 094
Claude Frey, FDP	7 093
Lily Nabholz, FDP	4 796
Ruth-Gaby Vermot-Mangold, SP	4 722
Rosmarie Zapfl, CVP	4 156

(Durchschnittliche Reisekosten pro Monat zwischen Januar 2000 und Mai 2002; Quelle: Parlamentsdienste)

Während die Wirtschaft leidet, sorgen einige Politiker dafür, dass mindestens gewisse Manager nicht leiden, am liebsten über nutzlose staatliche Investitionsprogramme in gewissen Branchen.

«Wir verlangen eine forcierte Einführung der elektronischen Verwaltung. Bis 2007 soll eine Abwicklung des Verkehrs mit amtlichen Stellen via Internet und email möglich sein.»

Wirtschaftspolitische Vision der CVP 2003

Und dieser Verwaltungsausbau soll unter dem Titel «Investitionsprogramm» mit Steuergeldern finanziert werden?

Als Beispiel kann hier das Bundesprogramm zur elektronischen Vernetzung genannt werden. Zwar hat die Schweiz heute eine grosse Computerdichte. Die trägt aber nichts zur Produktivität bei und auch nicht zum höheren Bildungsniveau der Kinder, wie die PISA-Studie gezeigt hat. Staatliche Investitionsprogramme sind höchstens dazu geeignet, die Staatsquote zu erhöhen und befreundeten Firmen staatliche Aufträge zuzuschanzen. Der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes schaden sie aber.

«‹Unfreisinnig› handelt, wer eigenes Versagen mit Staatshilfe zudeckt, Staatsmittel für die freie Wirtschaft und handlungsfähige Individuen anfordert, seine Stellung in der Politik missbraucht, um private Aktivitäten zu finanzieren oder Pleiten abzuwenden, und wer seine Stellung in der Wirtschaft missbraucht, um günstige politische Entscheide zu produzieren. (…) An diesen strengen Kriterien gemessen, ist ein nicht unwichtiger Teil der real existierenden FDP-Elite nicht einfach nur als ‹verfilzt›, sondern als ‹unfreisinnig› zu bezeichnen.»

Weltwoche 03 / 2003

Viele Unternehmen sind von Managern schlecht geführt und dabei von Politikern noch gedeckt worden. Die Credit Suisse musste die einst vor Gesundheit strotzende «Winterthur» plündern, um Milliardenverluste ihrer First Boston auszubügeln. Derweil verlochte die vor kurzem noch kerngesunde «Rentenanstalt» Milliarden in eine marode Bank. Und auch die einst grundsolide «Zürich» verlor Milliarden in unüberlegt zusammengekauften, vollmundig als «strategisch» deklarierten Auslandengagements. Dasselbe gilt für die Waadtländer Kantonalbank. Es ist der blindlings beschworene «amerikanische» Traum vom «Allfinanzkonzern», der eigentliche Tragsäulen des jahrzehntelang unerschütterbaren Finanzplatzes Schweiz unterhöhlen liess. Milliardenlöcher zu Lasten der Pensionskassen-Einzahler wurden so zurückgelassen, während

jene, welche die Schuld an der Misere tragen, selbst dann noch mit «goldenen Fallschirmen» abgefunden wurden, wenn sie ihre Posten als Folge der Misswirtschaft zu verlassen hatten. Der Filz, der exponierte Teile der Schweizer Wirtschaft befallen hat, geht bis hinein in die Landesregierung, wo FDP und CVP eilends die Herabsetzung der Pensionskassen-Verzinsung durchpeitschten, um vor allem der Rentenanstalt unter die Arme zu greifen.
In den Parteiprogrammen sind sich die meisten Parteien einig, dass es so mit dem Schweizer Wirtschaftsstandort nicht weitergehen kann, aber mit den Taten hapert es.

«Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Wirtschaft entfalten kann. Staaten aber, die ständig an der Wirtschaft herumpfuschen, erleiden Schiffbruch.»

FDP-Bundesrat Villiger am 20. März 1996 im «Blick»

Da dachte die FDP wahrscheinlich noch nicht daran, dass sie dereinst bei Swissair und Expo das Gegenteil machen würde.

Die linken Parteien beklagen zwar die Misswirtschaft, wenn es um Filz und «Rentenklau» geht. Was das dringend notwendige Wachstum der Wirtschaft anbelangt, halten sie an ihren eigenen Pfründen fest und pflegen damit ihren eigenen Filz: die staatliche Umverteilungsmaschinerie unter dem Deckmantel der Konjunkturförderung durch den Binnenmarkt.

«Ich bin überzeugt, dass der Bundesrat nochmals über die Bücher muss. Er muss die Einführung der Schuldenbremse verschieben und darf nicht gleich in eine Sparhysterie verfallen.»

Ständerätin und SP-Parteipräsidentin Christiane Brunner
am 19. Februar 2002 im Tages-Anzeiger

So reagiert man links, wenn das Volk sparen will.

Die Kennzahlen der Finanz- und Wirtschaftspolitik zeigen deutlich auf, dass der Bund den grundlegenden Prinzipien einer gesunden Haushaltsführung in den letzten zehn Jahren nicht nachgelebt hat. Es ist Zeit für eine Trendwende zurück zu einer ordnungspolitisch sauberen, verantwortungsbewussten Politik, frei von Filz und ruinöser Vetternwirtschaft!

Die SVP vertritt eine verantwortungsbewusste Finanz- und Wirtschaftspolitik!

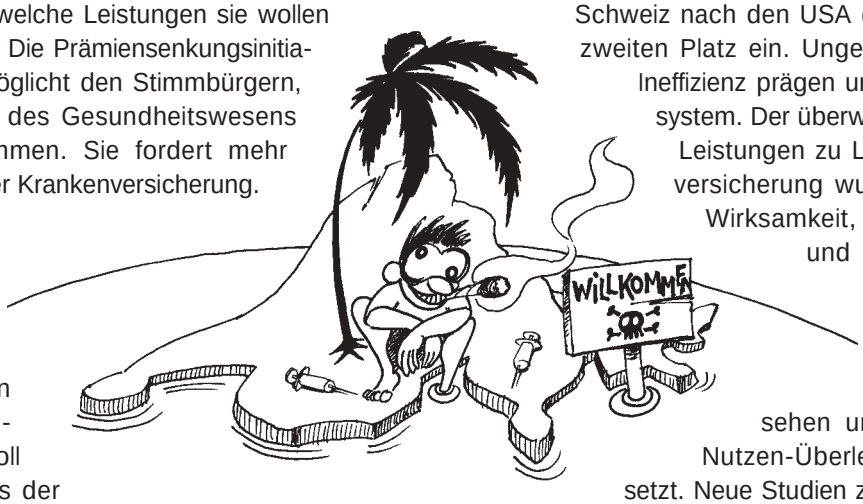
- **Sie ist gegen die Verschwendung von Steuergeldern für die überbordende Expo und die marode Swissair angetreten.**
- **Sie hat in all diesen Jahren zahlreiche Programme vorgelegt und in den Budgetdebatten Anträge gestellt zur Minderung der Defizite des Bundeshaushalts.**
- **Mehrere Vorstösse wurden im eidgenössischen Departement eingereicht für mehr Transparenz in Aktiengesellschaften, zum Schutz der Anleger und Rentenbezüger sowie des privaten Eigentums.**

Gesundheit

Die linke Politik hat unser Gesundheitswesen ins Krankenbett gebracht. Wie die SVP schon 1994 bei der Abstimmung über das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) vorausgesagt hatte, steigen die Krankenkassenprämien Jahr für Jahr und werden für viele Familien unbezahlbar. Gleichzeitig sind Drogen faktisch zum harmlosen Konsumgut erklärt worden, und die Rechnung für die Heroinabgabe wird den Krankenversicherten präsentiert. Sterbehilfe droht wichtiger zu werden als der Schutz des Lebens. Es ist höchste Zeit für ein grundlegendes Umdenken im Gesundheitswesen! Die SVP tut den ersten Schritt dazu mit ihrer Initiative «für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung» (Prämiensenkungsinitiative). Mit der Initiative sollen Wettbewerb und Kostentransparenz in der Verfassung festgeschrieben werden. So soll eine Trendwende für weniger Kosten und sinkende Prämien erreicht werden. Es darf nicht sein, dass die Mehrheit den Luxus einiger weniger zu berappen hat.

Endlich tiefere Krankenkassenprämien!

Das Gesundheitswesen steht im Sorgenbarometer der Bevölkerung weit oben. Die Versicherten und Patienten wollen nicht immer mehr bezahlen ohne bestimmen zu können, welche Leistungen sie wollen und welche nicht. Die Prämiensenkungsinitiative der SVP ermöglicht den Stimmbürgern, über die Zukunft des Gesundheitswesens aktiv mitzubestimmen. Sie fordert mehr Wahlfreiheit bei der Krankenversicherung. Niemand soll für Leistungen bezahlen müssen, die er nicht in Anspruch nehmen will. Die Grundversicherung soll alles decken, was der Schmerzlinderung, Heilung und Reintegration dient, zweckmässig und wissenschaftlich anerkannt ist. Weitere Leistungen sollen durch Zusatzversicherungen individuell zusammengestellt werden können. So wird die dringend notwendige Senkung der Krankenkassenprämien endlich möglich.



Kostentransparenz statt Kostenexplosion

Die Kosten des schweizerischen Gesundheitswesens wachsen prozentual stärker als das Bruttosozialprodukt: Im internationalen Vergleich nimmt die Schweiz nach den USA den unrühmlichen zweiten Platz ein. Ungerechtigkeiten und Ineffizienz prägen unser Gesundheitssystem. Der überwiegende Anteil der Leistungen zu Lasten der Grundversicherung wurde noch nie auf Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit hin überprüft, und neue Produkte werden meistens unbesehen und ohne Kosten-Nutzen-Überlegungen eingesetzt. Neue Studien zeigen, dass heute jedes Jahr 2,7 Mia. Franken für unnötige Leistungen ausgegeben werden. Die von der SVP geforderte Transparenz durch eine klare Trennung von Leistungserbringern (Spitäler, Ärzte usw.) und Versicherungen kann hier Abhilfe schaffen.

In Würde sterben – Nein zur aktiven Sterbehilfe

Das menschliche Leben wird immer mehr nur als Produktivitätsfaktor gemessen. Die Folge davon ist die schleichende Gewöhnung an Abtreibung und Sterbehilfe. Die SVP wendet sich gegen diesen Trend nach Beurteilung zwischen wertem und unwertem Leben. Sie lehnt die aktive Sterbehilfe strikte ab. Das Leben ist aber auch nicht künstlich unendlich zu verlängern, wenn die Maschine nur noch einen wehrlosen Menschen am Leben erhält. Vielmehr ist die *Palliative Care* (palliative Medizin, Pflege und Sterbebegleitung) zu fördern: Unheilbar kranken und leidenden Menschen ist das Leben so weit wie möglich zu erleichtern und ein Sterben in Würde zu sichern.

Drogenpolitik ist auch Gesundheitspolitik

Die Signale des Bundesamtes für Gesundheit in Richtung Drogenliberalisierung haben bittere Früchte getragen. Der Drogenkonsum nimmt zu und damit auch all die Folgen daraus: körperliche und psychische Störungen bei Jugendlichen, Unfälle als Folge von Drogenkonsum, soziale Probleme durch Drogenmissbrauch. Die Schweizer Politik strebt hier einmal mehr an falscher Stelle einen internationalen Spitzenplatz an. Diese Entwicklung ist fatal. Neuste Studien haben einmal mehr bewiesen, dass Drogen nicht einfach ein Konsumgut sind, sondern die Gesundheit massiv schädigen. Hier sind klare Signale notwendig: Die SVP fordert eine Prävention, die auf die negativen Folgen von Drogenkonsum hinweist, anstatt eine Anleitung für den Umgang zu bieten. Zudem sind Drogenkonsum und insbesondere Drogenhandel konsequent zu ahnden.

Standpunkte

- Die SVP fordert mit der Volksinitiative «für tiefere Krankenkassenprämien» eine markante Prämiensenkung.
- Die SVP fordert ein Zweistufenmodell für die Krankenversicherung mit entschlackter obligatorischer Grundversicherung und freiwilliger Zusatzversicherung.
- Die SVP bekämpft die schleichende Verstaatlichung des Gesundheitswesens und fordert mehr Wettbewerb. Dies im Interesse einer besseren Qualität, von mehr Wirtschaftlichkeit und tieferen Kosten.
- Die SVP lehnt die aktive Sterbehilfe ab und setzt sich für eine Stärkung der *Palliative Care* als aktive und ganzheitliche Pflege und Begleitung von unheilbar kranken und sterbenden Patienten ein.
- Die SVP lehnt die Legalisierung von harten und weichen Drogen ab.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Für ein menschliches und finanziell tragbares Gesundheitswesen (2000)

Argumentarium zur Prämiensenkungsinitiative (2002)

Bestellen unter www.svp.ch

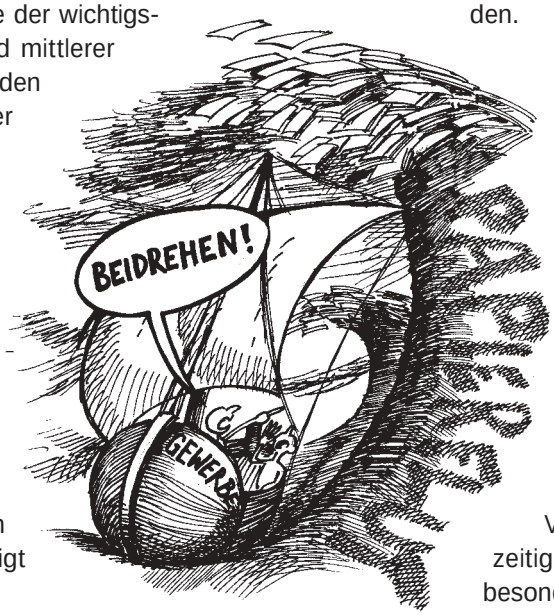
Schweizer Qualität
SVP UDC

Gewerbe und Tourismus

Gewerbe und Tourismus leiden am stärksten unter der Last der überbordenden Reglementierung und der ständigen Steuer- und Abgabenerhöhungen. Die kleinen und mittleren Betriebe (KMU) kommen mit ihren finanziellen und personellen Ressourcen an ihre Grenzen. Ursache dafür ist die gewerbefeindliche Politik von Bundesrat und Parlament. Zwar wird viel von Entlastung der KMU gesprochen, aber es wird kaum etwas getan. Die SVP setzt sich daher mit Nachdruck für eine steuerliche und administrative Entlastung von Gewerbe und Tourismus ein. Insbesondere kleine Unternehmen sind von unnötigem bürokratischen und statistischen Aufwand zu befreien.

Schluss mit der Überregulierung

Über 90% aller Betriebe in der Schweiz sind Kleinunternehmen mit ein bis neun Angestellten. Sie sind von der Flut staatlicher Regulierungen besonders belastet, da sie nicht über genügend personelle und finanzielle Ressourcen verfügen, welche die wachsende Belastung ausgleichen können. Unnötige Regulierungen schränken die Betriebe gleichzeitig in ihrer Flexibilität und Innovationskraft ein, eine der wichtigsten Marktvorteile kleiner und mittlerer Betriebe in sich rasch ändernden Wirtschaftsverhältnissen. Der staatlich bedingte administrative Aufwand für KMU ist gemäss einer Studie von 1998 in kurzer Zeit von 369 auf 654 Stunden pro Jahr gestiegen. Das ist eine Zumutung! Die zaghaften Versuche des Bundesrates, die administrativen Vollzugskosten zu reduzieren, genügen nicht. Die Folgekosten von Regulierungen müssen ebenso berücksichtigt werden.



In all jenen Bereichen, wo das Korsett staatlicher Vorschriften und Auflagen (Bauvorschriften und -auflagen, Bau- und Zonenordnungen, Betriebsauflagen, Versorgungs- und Entsorgungsauflagen usw.) die wirtschaftliche Entwicklung stark einschränkt oder gar verunmöglicht, sind Deregulierungen durchzusetzen und die für den Vorschriftendschungel verantwortlichen Verwaltungen zu redimensionieren.

Schliesslich schadet auch das Verbandsbeschwerderecht dem Gewerbe massiv. Die SVP setzt sich für die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts ein. Gewerbetreibende sollen ihre Energie und Kraft in ihre Betriebe setzen, statt unnötig Kapazitäten für komplizierte und bürokratische Verfahren zu verschwenden.

KMU doppelt belastet durch Steuern und Abgaben

Kleine und mittlere Betriebe (KMU) sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und sorgen für Stabilität. Sie stellen 75% der privaten Arbeitsplätze und bieten die krisensichersten Stellen. Die Substanz vieler Betriebe wird heute durch viel zu hohe Steuern, Gebühren und Abgaben ausgelaugt. Die Umsetzung des Verursacherprinzips ohne gleichzeitige Steuersenkungen belastet sie besonders stark. Die SVP verlangt nebst Steuersenkungen, dass auf kantonaler Ebene die Höhe von Gebühren und Abgaben in referendumsfähigen Erlassen klar und abschliessend geregelt und beziffert wird. Die SVP fordert zudem eine Verdoppelung der Umsatzgrenze für die Mehrwertsteuerpflicht. Diese ist heute viel zu tief angesetzt und belastet vor

SVP UDC
Schweizer Qualität

allem Kleinbetriebe unnötig. Im Weiteren ist der Kapitalabfluss der Betriebe und Unternehmungen durch tiefere Lohnnebenkosten zu bremsen. Die SVP fordert deshalb eine langfristige Sicherung der Sozialwerke statt eines unkoordinierten weiteren Ausbaus.

Abbau der verteuernden Auflagen für den Tourismus

Die Tourismusbranche ist mit rund 22,7 Mia. Franken Gesamteinnahmen (5,6% des BSP) von grosser wirtschaftlicher Bedeutung für die Schweiz. Rund 300 000 Stellen sind in unserem Land direkt (zirka 208 000) oder indirekt (zirka 92 000) vom Tourismus abhängig. Insbesondere in den Berg- und Randregionen ist der Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Obwohl der Tourismus seit Jahren zu den am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweigen der Welt gehört, konnte die Schweiz davon nicht viel profitieren. Die Logiernächte nahmen in den letzten zehn Jahren deutlich ab. Das Tourismusgewerbe versucht, die Nachteile auf dem internationalen Markt (starker Franken, hohes Kostenniveau, veraltete Strukturen) primär durch innovative Angebote aus eigener Kraft zu bewältigen. Zur Unterstützung dieser Bemühungen befürwortet die SVP den Erhalt des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie. Sie fordert zudem einen Abbau der bürokratischen und regulierenden Auflagen, welche die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe schwächen und das Angebot verteuern.

Standpunkte

- Die SVP kämpft für einen generellen Abbau verteuernder Auflagen für Gewerbe- und Tourismusbetriebe.
- Die SVP fordert die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechts.
- Zur Entlastung der KMU fordert die SVP insbesondere:
  – Betriebe mit weniger als 25 Mitarbeitenden sind von Statistikaufwand zu befreien.
  – Die Umsatzgrenze für die Mehrwertsteuerpflicht ist zu verdoppeln.
  – Staatliche Überregulierungen sind abzubauen.
- Die SVP setzt sich im Interesse des Tourismuslandes Schweiz für den Erhalt des Mehrwertsteuer-Sondersatzes für die Hotellerie ein.
- Die SVP befürwortet flexible und unbürokratische Kurzzeitbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte in Branchen, die dies benötigen.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Steuern senken, den Wirtschaftsstandort Schweiz fördern! (2000)

Taten statt Worte – Ja zum Wirtschaftsstandort Schweiz (2002)

Forderungskatalog «Schluss mit der Schuldenwirtschaft!» (2002)

Für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Landwirtschaft

Die SVP setzt auf eine produzierende Landwirtschaft, die in einem freiheitlichen Umfeld die Herausforderungen der Zukunft meistern kann. Schweizer Qualitätsprodukte können nur günstig produziert werden, wenn die Rahmenbedingungen mehr unternehmerischen Freiraum gewähren. Die SVP fordert daher einen Abbau der Auflagen und Abgaben auf ein Minimum. Dies ist eine Schlüsselvoraussetzung für angemessene landwirtschaftliche Einkommen. Der multifunktionale Auftrag an die Landwirtschaft erfordert auch in Zukunft eine Abgeltung dieser Leistungen durch die öffentliche Hand.

Schweizer Produkte von Schweizer Bauern

Lebensmittelskandale im Ausland gehören heute zur Tagesordnung. Dies hat die Grenzen der Grossproduktion und Export- und Importwirtschaft von Agrarprodukten aufgezeigt. Das Vertrauen in den Hersteller wird wieder gross geschrieben. Viele Konsumentinnen und Konsumenten sind bereit, für ein gutes, gesundes Produkt auch etwas mehr zu bezahlen. Dies ist im Markt zu nutzen. Mit einer umfassenden Deklaration erhalten die Bauern die Möglichkeit, ihre Qualitätsprodukte vom billigen Importprodukt abzuheben. Schweizer Produkte haben ihren Platz im Markt, wenn sie nicht durch bürokratische Auflagen behindert und über das Mass verteuert werden. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass Auflagen abgebaut werden und sich die Produktion vermehrt an den Bedürfnissen der Konsumenten orientiert.

Quelle: Schweizerischer Bauernverband

Mehr Zugpferde statt Amtsschimmel!

Die Ziele der Agrarpolitik sind teilweise widersprüchlich: Einerseits wird eine günstigere Produktion gefordert, andererseits werden die Auflagen ständig erhöht, was zu Kostensteigerungen führt. Die SVP fordert daher mehr unternehmerischen Freiraum für die Landwirtschaft. Anstelle detaillierter Vorschriften soll sich der Staat auf Rahmenbedingungen beschränken. Dies ermöglicht den Bauern mit gesunden, frischen Produkten und einem vielfältigen Angebot die Wünsche der Konsumenten zu erfüllen. Die SVP fordert, dass die Produktionskosten durch eine Reduktion der Auflagen endlich gesenkt werden, damit die Landwirtschaft wettbewerbsfähiger wird. Dazu gehört auch, dass der Bundesrat endlich das von der SVP geforderte und im Rat überwiesene Moratorium für neue, Kosten treibende Auflagen durchsetzt. Die Landwirtschaft braucht Zugpferde, die nicht durch Amtsschimmel zurückgebunden werden.

Prekäre Einkommenssituation verbessern

Die Einkommenssituation der Landwirtschaft hat sich mit der neuen Agrarpolitik verschlechtert. Trotz der Direktzahlungen zur Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen sinken die Einkommen. Insbesondere in Berg- und Randregionen droht deshalb eine massive Beeinträchtigung von Infrastruktur, Gewerbe und Tourismus. Die SVP fordert eine Politik, die auch bei einem raschen Strukturwandel ein vergleichbares Einkommen der gut wirtschaftenden bäuerlichen Bevölkerung ermöglicht. Der Schweizer Landwirtschaft dürfen keine Auflagen aufgebürdet werden, die über Auflagen im Ausland hinausgehen. Ebenso fordert die SVP, dass die

Agrarpolitik nicht weiter der Grossbetriebs- und Billigpreispolitik der EU angenähert wird. Ein EU-Beitritt wäre für die Schweizer Bauernfamilien verheerend.

Klare Deklaration der Nahrungsmittel

Lebensmittelskandale und qualitativ ungenügende Importgüter haben die Konsumenten verunsichert. Die schweizerische Landwirtschaft hat diesbezüglich grosse Anstrengungen unternommen. Die Schweizer Bauern sind heute Weltmeister der ökologischen Produktion. Die SVP fordert eine gleich lautende eindeutige Deklaration für ausländische Nahrungsmittel sowie eine strenge Kontrolle der Importprodukte an der Grenze. Der Konsument hat Anrecht auf gesunde Nahrungsmittel, deren Herkunft jederzeit genau nachgewiesen werden kann.

Standpunkte

- Die SVP setzt sich ein für mehr unternehmerische Freiheit der produzierenden Betriebe.
- Die SVP fordert ein gerechtes und vergleichbares Einkommen für ökonomisch und ökologisch wirtschaftende Bäuerinnen und Bauern.
- Den besonderen Anforderungen an Bauernbetriebe in Berg- und Randregionen ist durch eine aufeinander abgestimmte Infrastruktur-, Gewerbe- und Tourismuspolitik Rechnung zu tragen.
- Die SVP fordert ein Kostensenkungsprogramm sowie die Einhaltung des vom Nationalrat überwiesenen Moratoriums und einen Abbau von aufwendigen, verteuernden Auflagen.
- Die SVP setzt sich für eine eindeutige Deklaration einheimischer und ausländischer Landwirtschaftserzeugnisse ein.
- Die SVP tritt für eine eigenständige Agrarpolitik der Schweiz ein und lehnt eine weitere Anpassung an die EU-Agrarpolitik ab.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Für eine produzierende Landwirtschaft in einer intakten Landschaft (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

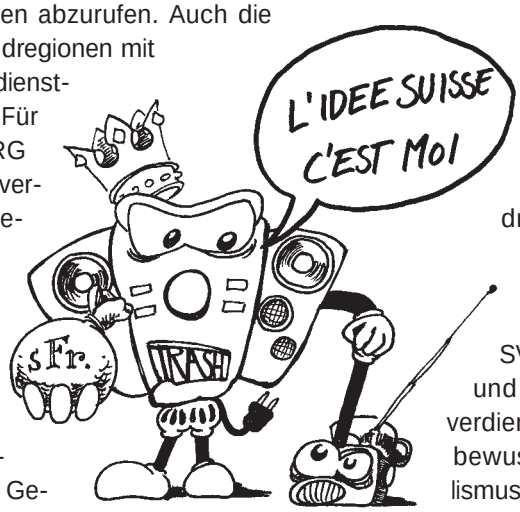
Schweizer Qualität
SVP UDC

Medien

Vielfältiger und ausgewogener Information kommt in jeder Demokratie eine zentrale Bedeutung zu: Fernsehen, Radio und weitere Medien sind für die Meinungsbildung wie für die Meinungsverbreitung ein entscheidender Faktor. Nach Jahren der linken Kontrolle der Medien steht es schlecht um die Meinungsvielfalt. Längst wird nicht mehr fundiert und kritisch berichtet, sondern immer öfter einseitig und monoton. Freiräume für neue alternative Medien fehlen. Der Staat führt grosse eigene PR-Apparate. Staatliches Fernsehen und Radio verhindern Wettbewerb und Vielfalt; einige wenige Zeitungsverlage bringen in verschiedenen Produkten immer gleiche Meinungen. Die SVP steht ein für einen fairen, vielfältigen Wettbewerb in der Medienlandschaft. Es sind dringend Freiräume für private Medien zu schaffen, damit Wettbewerb, Vielfalt und eine offene demokratische Auseinandersetzung wieder möglich werden.

Mehr Wettbewerb bei Radio und Fernsehen

Der Staat muss nur die Grundversorgung mit Radio und Fernsehen abdecken. Das heisst: Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, jederzeit und überall in der Schweiz Programme in der jeweiligen Landessprache mit einem Minimum an Information, kulturellen Sendungen und Unterhaltungsbeiträgen abzurufen. Auch die öffentliche Versorgung der Randregionen mit Kommunikations- und Mediendienstleistungen ist sicherzustellen. Für diese Aufträge erhebt die SRG Gebühren. Mit weniger Werbeverboten könnten neue Einnahmequellen erschlossen werden, welche eine Gebührensenkung ermöglichen. Die Sicherstellung der Grundversorgung erfordert zudem keine SRG-Monopolstellung. Auch Dritte können diese erbringen. Dabei kann mit einem Gebührensplitting Informationsleistung abgegolten werden.



Spartenprogramme wie Jugendradio, Jazzradio und ähnliches gehören nicht zur Grundversorgung. Hier soll der Wettbewerb spielen, und private Anbieter sollen gleich lange Spiesse wie die SRG haben. Es ist nicht richtig, wenn etwa private Radiostationen mit gesetzlichen Einschränkungen zu kämpfen haben, während die SRG Konkurrenzsender installiert, die mittels Gebühren finanziert werden.

Vielfalt statt Einfalt in der Zeitungslandschaft

Auch bei den Printmedien (Zeitungen, Zeitschriften) setzt sich die SVP für einen funktionierenden Wettbewerb und ein vielfältiges Angebot ein. Auch regionale und lokale Information muss gewährleistet sein. Die Zeitungsvielfalt ist heute bedroht, und noch schlimmer steht es um die Meinungsvielfalt. Einige wenige diktieren die Meinung, welche die Presse zu vertreten hat. Die SVP setzt sich ein für eine Meinungs- und Pressefreiheit, die diesen Namen verdient. Sie verurteilt unsorgfältigen und bewusst falsch berichtenden Journalismus.

Den wirksamsten Beitrag an den Erhalt einer vielfältigen Zeitungslandschaft könnte der Bund durch konsequenten Verzicht auf eigene PR-Agenten, -Agenturen und -Erzeugnisse leisten. Je umfassender Regierung und Verwaltung die Diskussion öffentlicher Angelegenheiten den Medien überlassen, desto attraktiver werden Zeitungen für orientierungswillige Bürgerinnen und Bürger. Indem diese die Vielfalt der Medien

SVP UDC
Schweizer Qualität

nutzen, sichern sie ihnen die wirtschaftliche Existenz nachhaltig.

Für einen fairen und professionellen Journalismus

Journalismus soll fair, sachlich und professionell sein. Es ist zu verurteilen, wenn die Konzerne ihre Monopolstellung missbrauchen, um einseitigen Kampagnenjournalismus zu betreiben und ihre Macht auch in der direkten Aus- und Weiterbildung der Journalisten nutzen. Darunter leiden die Qualität der Ausbildung und die Objektivität der Berichterstattung. Die SVP setzt sich daher für eine hochwertige, vielfältige und unabhängige Ausbildung der Journalisten ein.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Medienpapier (2003)

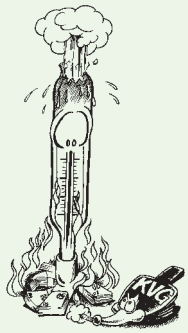
Bestellen unter www.svp.ch

Standpunkte

- Die SVP setzt sich für die Meinungs- und Angebotsvielfalt bei den elektronischen und den gedruckten Medien ein.
- Die SVP fordert mehr Wettbewerb bei Radio und Fernsehen. Die SRG hat sich auf die Grundversorgung zu konzentrieren. Privaten Anbietern müssen gleich lange Spiesse zugestanden werden.
- Die SVP tritt im Interesse der Medienvielfalt und Entwicklung für eine liberale Werbeordnung ein.
- Die SVP fordert eine substanzielle Senkung der Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen.

Schweizer Qualität
SVP UDC

Mit der Prämiensenkungs-initiative für tiefere Krankenkassenprämien

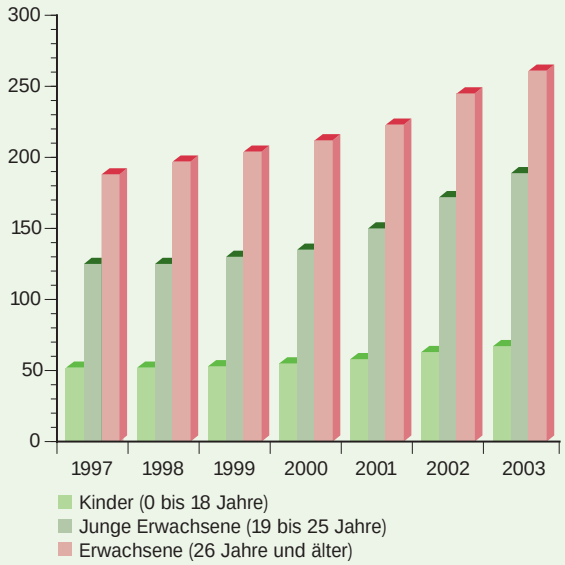


Die Prämien für die Krankenversicherung sind seit der Einführung des KVG fortlaufend gestiegen. Die SVP hatte den Systemwechsel als einzige Bundesratspartei bekämpft. Im Abstimmungskampf hatte man uns 1994 noch versichert, die Prämien würden kaum steigen.

«Zu Gunsten einer lückenlosen Grundversicherung bringt das neue Gesetz einen – allerdings bescheidenen – Prämienanstieg.» (...)

Alle Versicherten zusammen werden damit einmalig 4,5% mehr für Prämien aufbringen müssen.

Abstimmungsdokumentation
des Bundesamtes für Sozialversicherungen



Entwicklung der monatlichen Durchschnittsprämien für Erwachsene, junge Erwachsene und Kinder 1997 bis 2003

Tatsache ist, dass die durchschnittlichen Monatsprämien zwischen 1997 und 2003 deutlich angestiegen sind. Seit Jahren versichert man uns, die obere Grenze sei bald erreicht:

«Die Prämien steigen 1997 leider noch einmal deutlich, weil das neue Gesetz erst nach und nach Kosten dämpfend wirkt. Ich rechne damit, dass der Anstieg ab 1998 und 1999 gebremst wird.»

Bundesrätin Dreifuss am 6. Oktober 1996 im Tages-Anzeiger

1999 ist längst vorbei, und die Prämien steigen immer noch jedes Jahr!

Entgegen dieser Behauptungen der KVG-Befürworter sind die Gesundheitskosten seit Einführung dieses Gesetzes im Jahr 1996 von zirka 36 Mia. auf zirka 45 Mia. Franken jährlich angestiegen. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung ist heute auf Prämienverbilligungen angewiesen. Durch zunehmend neue Aufgaben im Leistungskatalog und Mengenausweitung durch die Leistungserbringer sowie dem mangelnden Sparwillen auf kantonaler Ebene ist eine Trendwende nicht in Sicht.

Die Rezepte, die jetzt plötzlich zur Korrektur feilgeboten werden, sind vielfältig, aber wirkungslos. Hier hilft nur ein Umbau, wie sie die Prämiensenkungsinitiative der SVP vorschlägt:

Die SVP-Prämiensenkungsinitiative will:

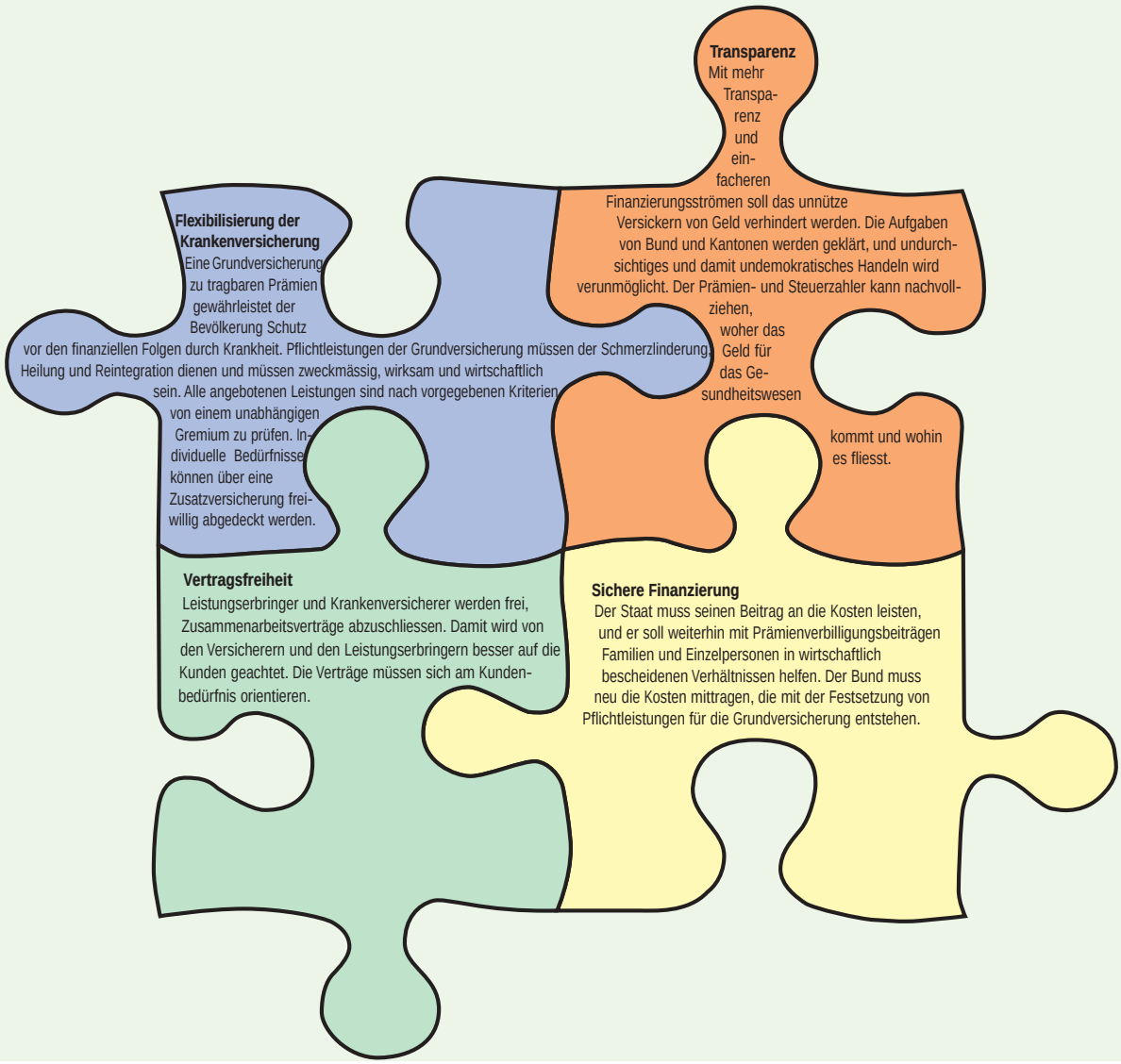
- eine solide und leistungsfähige Grundversicherung und endlich tiefere Prämien

SVP UDC Schweizer Qualität

- ein transparentes Gesundheitswesen mit einfachen Strukturen und weniger Bürokratie
- ein neues «Gesundheitswerk», mit dem sich Bürgerinnen und Bürger wieder identifizieren können.

Die SVP fordert die konsequente Umsetzung von bereits vorhandenen sowie die Schaffung neuer positiver Anreize für Versicherte, Versicherer, Ärzte, Therapeuten, Spitäler usw., damit diese kostenbewusst handeln.
Zusätzlich soll erreicht werden, dass die Grundsätze für ein stabil abgestütztes, effizientes und preisgünstiges Gesundheitswesen in der Bundesverfassung verankert werden.

Vier Puzzleteile für ein gesundes Gesundheitssystem



Schweizer Qualität
SVP UDC

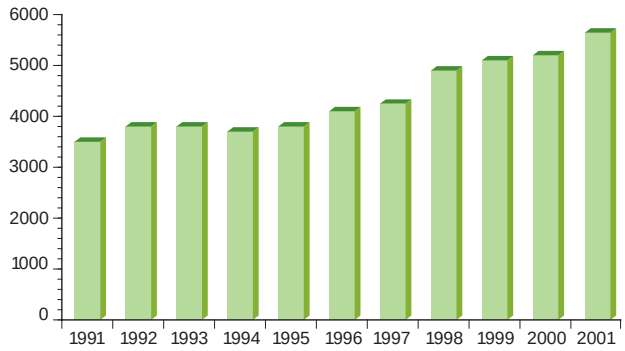
Sicherheit

Die Gewährleistung der inneren und äusseren Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates. Dieser Aufgabe wird der Bund immer weniger gerecht. Die Schweizer Grenze ist ungenügend bewacht, die Zahl der Delikte steigt in unserem Land stetig an, und der Drogenhandel blüht. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Die SVP fordert ein kompromissloses Vorgehen gegen Kriminelle. Zudem ist eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane notwendig. Die SVP fordert daher ein Sicherheitsdepartement des Bundes. Anstatt sich auf die Kooperation mit dem Ausland zu verlassen, hat die Schweiz ihre eigenen Mittel zu optimieren: von der starken Milizarmee über die gut gerüsteten Polizeikorps bis zu griffigen gesetzlichen Grundlagen.

Kooperation und Koordination nach Mass

Innere und äussere Sicherheit sind nicht mehr trennbar. Statt Schubladen-Denken in den Departementen ist Kooperation gefragt. Die SVP fordert daher seit langem ein Sicherheitsdepartement auf Stufe Bund. Unter einem Dach könnten die Armee mit dem Festungswachtkorps, der strategische Nachrichtendienst, das Grenzwachtkorps und der Bevölkerungsschutz zusammengefasst und Synergien genutzt werden.

Die Kooperation mit dem Ausland ist auf das für den Schutz des Landes Notwendige zu beschränken. Die SVP bekämpft die weitere Annäherung der neutralen Schweiz an Militärbündnisse wie z. B. die NATO.



Vorsätzliche Delikte gegen Leib und Leben
(Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2002)

Armee XXI und Bevölkerungsschutz

Die SVP setzt sich ein für eine moderne, leistungsfähige und glaubwürdige Milizarmee, die in der Bevölkerung verankert ist. Hauptauftrag der Armee ist die Landesverteidigung sowie die Gewährleistung von Neutralität und Unabhängigkeit. Die SVP verfolgt die Umsetzung der Armee XXI mit Sorge und wird sich dafür einsetzen, dass den genannten Grundsätzen sowie dem Gedanken der Miliz Rechnung getragen wird. Dafür sind die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.
Der Bevölkerungsschutz, also Polizei, Gesundheitswesen, Zivilschutz und Technische Betriebe, soll auch künftig Sache der Kantone bleiben.

Grenzschutz zentraler denn je

Die offenen Grenzen Europas und die damit verbundene Mobilität der Kriminaltouristen sowie die wachsende Zahl von illegalen Einwanderern und Scheinflüchtlingen machen das Grenzwachtkorps zu einem entscheidenden Sicherheitsorgan. Die Zollaufgaben stehen heute bei der Grenzkontrolle nicht mehr im Vordergrund. Durch den Abbau von Grenzposten in den letzten Jahren ist der Schutz nicht mehr ausreichend. Zudem häufen sich Angriffe auf Grenzwächter. Eine personelle Aufstockung und die permanente Modernisierung der Ausrüstung sind zentral. Personen in Uniform oder im öffentlichen Dienst brauchen zudem einen besseren Schutz. Angriffe auf sie sind als Offizialdelikt zu verfolgen. Wer in Ausübung seiner Pflicht attackiert wird, soll nicht noch selber Anzeige erstatten und sich so – unter

SVP UDC
Schweizer Qualität

anderem durch Bekanntgabe seiner Personalien – einer zusätzlichen Gefahr aussetzen müssen.

Konsequentes Vorgehen bei allen Delikten

Die Zahl der Delikte gegen Leib und Leben nimmt zu. Drogendelikte und Vandalismus werden vielfach kaum verfolgt und geahndet. Dies beeinträchtigt die Wohnqualität, gefährdet das Gewerbe und kostet immense Summen. Die SVP fordert, dass Recht und Ordnung wieder konsequent durchgesetzt werden. Kantonale und städtische Polizeikorps sind primär dort einzusetzen, wo Handlungsbedarf im Sicherheitsbereich besteht, statt für untergeordnete Aufgaben wie etwa die Kontrolle des ruhenden Verkehrs. Nötigenfalls sind die Korps aufzustocken. Zudem sind zur Abschreckung die Strafen zu erhöhen und die Verfahren zu straffen. Es geht nicht an, dass Personen wieder freigelassen werden, weil man den Tätern keine zu lange Haftzeit zumuten will. Die Bevölkerung hat ein Recht auf Schutz.

Kriminalität auf allen Stufen bekämpfen

Immer mehr jugendliche Banden machen Schulen und Jugendtreffpunkte, aber auch Strassen und öffentliche Verkehrsmittel unsicher. Das schweizerische Strafrecht wird der Schwere dieser Delikte nicht mehr ausreichend gerecht. Die SVP fordert daher eine Anpassung des Strafrechts, die diesen Entwicklungen Rechnung trägt. Handelt es sich bei jugendlichen Delinquenten um Ausländer, ist im Wiederholungsfall auch die Ausweisung der ganzen Familie in Erwägung zu ziehen.

Eine Einschränkung des Waffenrechts hilft nicht gegen Kriminalität

Jeder Wehrmann soll auch künftig seine persönliche Waffe zuhause aufbewahren und nach Beendigung seiner Dienstpflicht behalten können. Die bürokratische Schikanierung verantwortungsbewusster, unbescholtener Waffenbesitzer ist kein wirksames Mittel gegen Kriminalität. Wirksam ist dagegen die Forderung der SVP, Täter, die Waffen für kriminelle Taten einsetzen, weit schärfer als in der Vergangenheit zu bestrafen.

Standpunkte

- Die SVP fordert ein eidgenössisches Sicherheitsdepartement.
- Die SVP setzt sich für eine moderne, leistungsfähige und glaubwürdige Milizarmee zur Gewährleistung von Freiheit, Unabhängigkeit und Neutralität ein.
- Die SVP lehnt den Beitritt zu Militärbündnissen wie der NATO ab.
- Die SVP fordert die Einhaltung der demokratischen Volksrechte, bevor wichtige unwiderrufliche Entscheide in der Sicherheitspolitik getroffen werden.
- Die SVP fordert ein konsequentes Vorgehen der Polizei gegen jegliche Kriminalität, auch gegen gewalttätige Demonstranten, Drogenhändler und Vandalen.
- Angriffe auf Personen des öffentlichen Dienstes sind zum Offizialdelikt zu erklären.
- Die SVP fordert die lebenslange Verwahrung von nicht therapierbaren, extrem gefährlichen Sexual- und Gewalttätern. Eine vorzeitige Entlassung auf Grund psychiatrischer Gutachten ist bei Wiederholungstätern auszuschliessen.
- Ausländische Straftäter haben ihre Haftstrafe in ihrem Heimatland zu verbüssen. Die SVP fordert den Abschluss und die Umsetzung entsprechender Abkommen.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Grenzkontrollen – notwendiger denn je (1999)

Sicherheit ist ein Recht (1999)

Forderungskatalog Sicherheit Schweiz (2002)

Bestellen unter www.svp.ch

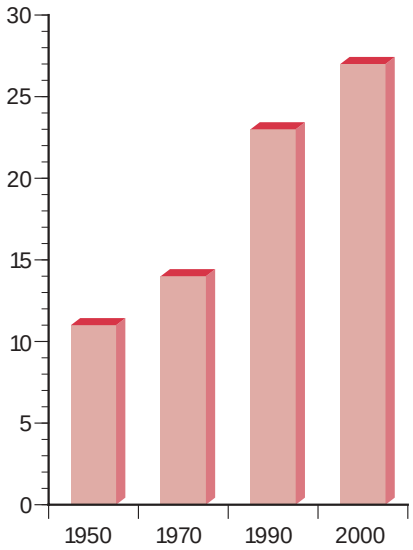
Schweizer Qualität
SVP UDC

Sozialwerke

Die Finanzierung der Sozialwerke ist nach Jahren der linken Führung in diesem Bereich akut gefährdet. Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Altersvorsorge, die Invalidenversicherung und die Arbeitslosenversicherung wieder auf einen gesunden finanziellen Boden gestellt werden. Sie bekämpft daher jeglichen luxuriösen Ausbau der gebeutelten Kassen. Mit mehr Eigenverantwortung, der Bekämpfung der Missbräuche sowie neuen Finanzierungskonzepten ist dem Absturz der Sozialwerke entgegenzuwirken. Dagegen sind Steuererhöhungen zu verhindern. Sie lösen das Problem nicht, sondern ziehen nur den Bezügern das Geld, das mit der einen Hand gegeben wurde, mit der anderen wieder aus der Tasche.

AHV sichern

Die SVP will die AHV sowohl ohne Rentenkürzungen als auch ohne Steuererhöhungen und ohne Leistungsausbau sichern. Dazu sind insbesondere die Erträge der nicht für Währungszwecke benötigten Goldreserven der Nationalbank (SNB) zu mindestens zwei Dritteln der AHV gutzuschreiben. Weitere Quellen wie der Steuerertrag der Spielbanken und die optimale Bewirtschaftung des AHV-Ausgleichsfonds können ebenfalls zur Sicherung der Gelder beitragen. Das seit 1999 für die AHV erhobene MwSt-Prozent muss vollumfänglich für die AHV eingesetzt werden. Auf eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer ist dagegen zu verzichten. Die SVP begrüsst im Interesse der Sicherung dieses Sozialwerks auch die Gleichstellung von Rentnerinnen und Rentnern, also die Angleichung des Rentenalters und der Witwenrente.



Soziallastquote (Sozialversicherungseinnahmen in % des Bruttoinlandproduktes; Quelle: Bundesamt für Sozialversicherungen)

Eigenverantwortung bei der 2. und 3. Säule

Das Dreisäulenprinzip ist die ideale Basis für ein finanziell gesichertes Alter. Nebst der Sicherung der AHV hat der Bund seinen Beitrag daran zu leisten, dass für die anderen zwei Säulen ideale Rahmenbedingungen geschaffen werden. Volle Transparenz für die 2. Säule ist unabdingbar. Pensionskassen sollen ihre Anlagestrategien, Garantien und Verwaltungskosten offen legen. Versicherte ihrerseits sollen wählen können, wo sie sich versichern lassen wollen. Mehr Wettbewerb würde die Renten nicht nur sicherer werden lassen, sondern auch höhere Renditen für die Pensionierten statt für die Pensionskassen bringen.

Die SVP tritt dafür ein, dass Einlagen in die 3. Säule stärker als bisher steuerlich begünstigt werden. Der Eigenmietwert ist ersatzlos abzuschaffen. Gerade die Rentner werden durch die Besteuerung dieses fiktiven Einkommens in stossender Weise bestraft.

Missbrauchsbekämpfung bei der IV

Die Invalidenversicherung ist geschaffen worden, um Personen, die auf Grund einer vorübergehenden oder dauerhaften Invalidität nicht arbeiten können, finanziell abzusichern. Dieser Aufgabe wird sie bald nicht mehr nachkommen können, denn in der Kasse der IV klafft ein

SVP UDC
Schweizer Qualität

Loch. Ein Konzept zur Sanierung ist dringend notwendig. Insbesondere sind Missbräuche zu bekämpfen und Anreize zur Verbesserung der Wiedereingliederung zu schaffen. Es geht nicht an, dass Arbeitslose an die IV abgeschoben werden, statt dass für sie eine Erwerbstätigkeit gefunden wird.

Versprechen bei der Arbeitslosenversicherung einhalten

Die Arbeitslosenversicherung musste in den Krisenjahren mit einem vorübergehend eingeführten dritten Lohnprozent zusätzlich gespeist werden. Diese Regelung konnte wieder aufgehoben werden. Ziel muss es nun sein, die Lohnprozente möglichst rasch weiter zu senken. Arbeitslosenversicherung und Beschäftigungsprogramme sollen nicht Dauerlösung sein, sondern einen raschen Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit sicherstellen.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Sicherung der Sozialwerke (2000)

Altersvorsorgepapier (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Standpunkte

- Die AHV ist zu sichern durch:
  - Der Ertrag der nicht für Währungszwecke benötigten Goldreserven der Nationalbank (SNB) muss zu mindestens zwei Dritteln der AHV zugute kommen.
  - Das seit 1999 für die AHV erhobene MwSt-Prozent muss vollumfänglich für die AHV eingesetzt werden, so wie es in der Verfassung festgeschrieben ist, aber bis heute nicht eingehalten wird.
  - Wiedereinführung des Konkursprivilegs
  - gleiches Rentenalter 65 für Mann und Frau
  - Flexibilisierung des Rentenalters bei Kostenneutralität
  - Angleichung der Witwen- an die Witwerrente
  - Rentenanpassung nur noch alle drei Jahre.
- Die SVP setzt sich ein für die Sicherung der Sozialwerke ohne Steuererhöhungen. Sie bekämpft daher jeglichen Ausbau.
- Die SVP fordert eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Sozialversicherungen. Die Verfahren sind zu harmonisieren.
- Die SVP fordert eine verstärkte Missbrauchsbekämpfung zur Sicherung der Sozialversicherungen.
- Die SVP setzt auf Eigenverantwortung in der Altersvorsorge durch Förderung der 2. und 3. Säule.
- Die SVP setzt sich ein für optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen statt den Ausbau der Arbeitslosenkasse. Die Lohnprozente für die ALV sind kontinuierlich zu senken.
- Aus der Invalidenversicherung darf keine Sozialhilfe-Institution werden. Sie muss wieder eine Versicherung für Personen werden, die auf Grund ihrer Invalidität nicht oder nur teilweise erwerbstätig sein können.

Sport und Kultur

Die SVP schätzt Sport und Kultur als wichtige Beiträge zum Wohl der Gesellschaft und zur Freizeitgestaltung. Sie sind auch wichtige Wirtschaftsfaktoren für unser Land. Weder Sport noch Kultur sind jedoch Staatsaufgaben erster Priorität. Mit der neuen Bundesverfassung wurden dafür neue Schleusen für die Verschleuderung von Steuergeldern geöffnet, was nicht im Interesse der Sache ist. Dem Bund kommt in beiden Bereichen vor allem eine koordinierende und ergänzende Rolle zu. Wo Grundsätze festzulegen sind und wo die private Initiative von Vereinen an Grenzen stösst, kann der Bund unterstützend eingreifen. Es kann jedoch nicht Ziel sein, Staatssport und Staatskultur an der Eigeninitiative vorbei zu betreiben und mit Steuergeldern zu fördern.

Vereine bilden Basis

Den Vereinen kommt in der Gesellschaft nach wie vor eine grosse Bedeutung zu. Sie fördern mit privatem Engagement Sport und Kultur über gesellschaftliche und sprachliche Grenzen hinweg. Damit wird ein beträchtlicher Beitrag für das Wohl der Gesellschaft und den Zusammenhalt der Generationen und Bevölkerungsgruppen geleistet. Greift der Staat mit Fördermitteln in diese Bereiche ein, schafft er ungleiche Spiesse und zerstört damit die von privater Initiative aufgebauten und von einer breiten Bevölkerungsschicht getragenen Formen zu Gunsten von Staatsprogrammen. Die SVP fordert, dass sich der Bund darauf beschränkt, dort unterstützend einzugreifen, wo dies gesamtgesellschaftlich sinnvoll und auch von den Vereinen erwünscht ist.

Privates und öffentliches Engagement im Sport verbinden

Gerade im Sport lassen sich privates und öffentliches Engagement verbinden. Der Breitensport bildet eine wichtige Basis für den Spitzensport. Umgekehrt motivieren die Höchstleistungen von Spitzensportlern insbesondere die Jugend zum Sport. Kein Bereich bietet sich so ausgeprägt für eine Zusammenarbeit mit Sponsoren an wie der Sport. Dies ist auch bei den Förderkonzepten in die Überlegungen mit einzubeziehen. Mit der Erfüllung der SVP-Forderung für ein Bundesamt für Sport in Magglingen (BASPO) konnte dies auf höchster Stufe umgesetzt werden. Das BASPO als nationales staatliches Kompetenzzentrum für Sport erfüllt vielfältige Aufgaben in Ausbildung, Lehre und Forschung in Verbindung mit Verbänden und anderen privatrechtlichen Partnern.

Nein zu Doping und Gewalt

Doping und Gewalt haben den Sport in Verruf gebracht. Insbesondere der Spitzensport ist damit unter Beschuss geraten. Nicht mehr Fairness im Wettbewerb scheint im Vordergrund zu stehen, sondern unlautere Tricks und Faustrecht. Dies muss anders werden. Die SVP be-

SVP UDC Schweizer Qualität

grüsst Massnahmen zur Prävention und die Ahndung von Delikten in diesem Bereich und hat entsprechende Massnahmen im Parlament gefordert. Die Schweiz hat insbesondere als Austragungsort von Grossereignissen wie der Fussball-EM 2008 für die Sicherheit und einen reibungslosen Verlauf zu garantieren. So finden sich auch genügend private Sponsoren, welche die Finanzierung ohne Belastung der öffentlichen Hand sichern. Nur wo sich die Wirtschaft engagiert und die Bevölkerung sich begeistert und ohne Vorbehalte hinter ein Projekt stellt, ist der Erfolg auch garantiert.

Keine Staatskultur für leere Zuschauerränge

Die SVP lehnt überbordende staatliche Kulturförderung ab, denn diese geht meist am Publikum vorbei. Die letzten Jahre haben dies eindrücklich gezeigt. Das Zürcher Schauspielhaus ist das prominenteste Beispiel dafür, zu was linke Kulturpolitik führt: Subventionen in Millionenhöhe trotz sinkender Zuschauerzahlen und Massenkündigungen von Abonnementen. Dagegen kann sich die gelebte Volkskultur über begeistertes Publikum freuen und kommt dabei ohne Steuergelder aus.

Standpunkte

- Die SVP tritt ein für den Sportunterricht an den Schulen.
- Die SVP begrüsst die Förderung von Sporttalenten durch ein Ausbildungsangebot, das Schul- und professionelle Sportausbildung verbindet.
- Die SVP setzt sich für dopingfreien Sport ein und fordert ein kompromissloses Vorgehen gegen Hooligans und Vandalismus.
- Die SVP setzt auf gelebte Volkskultur. Sie lehnt überbordende staatliche Kulturförderung ab.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Die SVP bewegt – bewegen Sie sich auch! (2003)

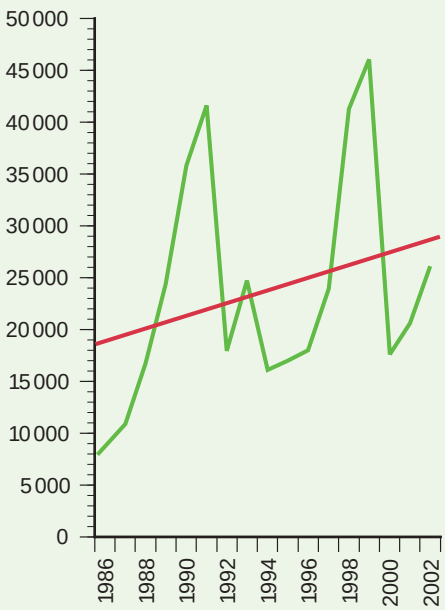
Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Wussten Sie, dass die Asylmisere hausgemacht ist?

Die katastrophale Entwicklung in der Asylpolitik steht im krassen Gegensatz zu den andauernden Versprechungen unserer Landesregierung, sie habe die Lage im Griff. Tatsache ist:

- Die Zahl der Asylgesuche steigt ungebremst.
- Illegale Einwanderer und so genannte «Sans Papiers» (Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung) versuchen, in der Schweiz ein Bleiberecht zu erzwingen.
- Immer mehr Drogendealer missbrauchen unser Asylrecht.



Entwicklung der Asylgesuche seit 1986
(Quelle: Bundesamt für Flüchtlinge)

Warum ist das so? Weil niemand das heisse Eisen wirklich anpacken will! Und warum will es niemand anpacken? Weil die Fachkompetenz dazu fehlt. In keinem Thema wird so viel Unsinn geredet und so wenig Richtiges gesagt wie in der Asylpolitik!

«Ich möchte jetzt nicht diskutieren, was in den vergangenen Jahren allenfalls hätte getan werden können.»

CVP-Bundesrätin Metzler
in der Berner Zeitung vom 19. August 2000

Die SVP schon!

«Asylsuchende mit Niederlassungsbewilligung sind besser zu integrieren.»

Flyer der FDP zur Asylpolitik

Seit wann gibt es denn Asylsuchende mit einer Niederlassungsbewilligung? Wer so wenig von der Sache versteht, sollte besser keine Flyer dazu drucken.

«Mit lokal- und innenpolitischen Mitteln kann die illegale Migration nicht aufgehalten werden!»

Nationalrätin Regine Aeppli im Tages-Anzeiger vom 11. Oktober 2002

Und mit netten Worten noch viel weniger!

Die SVP weist seit Jahren auf die gefährliche Entwicklung hin. Eine parteiinterne Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachleuten für Asylfragen und Praktikern aus den zuständigen Vollzugbehörden, erarbeitet laufend Vorschläge vom Migrationskonzept bis hin zu Detailvorschlägen zur Schliessung von Gesetzeslücken. Die Vorschläge wurden in Form von Vorstössen und Anträgen ins Parlament eingebracht. Sie blieben aber ohne Unterstützung seitens der anderen Parteien, weil diesen am Kampf gegen die SVP mehr liegt als an der Be-

SVP UDC Schweizer Qualität

kämpfung der Missstände. Zwei Volksinitiativen der SVP gegen den Asylrechtsmissbrauch, über die 1996 und 2002 abgestimmt wurde, scheiterten nur ganz knapp.

Eine Auswahl der SVP-Vorstösse gegen den Asylrechtsmissbrauch:

1984
Motion Ogi: Reorganisation der Bundesverwaltung

1985
Motion Sager: Asylgesetz. Revision

1989
Interpellation SVP: Asylgewährung bei ausserordentlich grossem Zustrom von Asylbewerbern

1990
Motion Hösli: Investitionskosten für Unterbringung von Asylanten

1991
Postulat Reimann: Unterbindung von Mehrfach-Asylanträgen
Postulat SVP: Asylpolitik
Postulat Fischer: Zusätzliche Empfangsstellen für illegal eingereiste Asylbewerber

1992
Motion Bortoluzzi: Straffällig gewordene Asylbewerber

1995
Motion SVP: Asylverfahren ohne Ausweis-Papiere. Gesetzesrevision

1996
Postulat Baumann: Diplomatische Massnahmen gegenüber Heimatstaaten von Asylbewerbern, welche die Zusammenarbeit verweigern

1997
Interpellation SVP: Illegale Grenzübertritte

1998
Interpellation SVP: Vollzug im Asylbereich
Interpellation SVP: Kostenschub durch steigende Asylgesuchszahlen

1999
Dringliche Interpellation SVP: Notrecht im Asylwesen
Motion Freund: Gesetzliche Grundlagen zur Internierung krimineller Asylsuchender

2000
Motion SVP: Gesetzliche Grundlagen zur Bekämpfung der Scheinehe
Motion Baumann: Bekämpfung des Aufenthaltsbetruges bzw. Einbürgerungsbetruges mit Scheinehen
Motion Borer: Krankenversicherung für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Schutzbedürftige
Motion Hans Fehr: Neukonzeption des Beschwerdewesens im Asylrecht

2001
Postulat Dunant: Asylverfahren. Beschleunigung
Motion Dunant: Stossende Lücken in der Asylpraxis schliessen
Motion Dunant: Empfangsstellenverfahren

2002
Motion Schlüer: Abgewiesene Asylbewerber in ihrer Herkunftsregion beherbergen

In anderen Ländern ist die Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg besser, wenn es um die Lösung so wichtiger Probleme geht:

> ***«Die Asylpolitik (…) ist in Deutschland völlig aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Ursache hierfür ist der (…) restriktivere Kurs nach einem Übereinkommen zwischen der damaligen Regierung Kohl und den oppositionellen Sozialdemokraten. Seither sind die Asylbewerberzahlen kontinuierlich gesunken.»***
>
> NZZ, 7. November 2002

Erst jetzt, wo es fünf vor zwölf ist, wurde der Druck so stark, dass auch die anderen Parteien und der Bundesrat vielleicht einsehen, dass Handlungsbedarf besteht. Am Abstimmungssonntag vom 24. November 2002 stimmten 49,9% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der SVP-Volksinitiative gegen Asylrechtsmissbrauch zu. Die bürgerlichen Parteien und Bundesrätin Metzler konnten auf Grund dieses Resultats nicht anders, als zu versprechen, in der Asylgesetzrevision würde diesem Unmut Rechnung getragen. Diese Versprechen kennen wir schon. Wann folgen endlich die Taten?

Nur dank der SVP

- ist die Asylmisere noch nicht zur Katastrophe geworden!
- ist die Schweiz noch nicht die Asylinsel Europas!
- sind die Kosten für das Asylwesen von über 2 Milliarden überhaupt bekannt.
- ist der Schweizer Grenzschutz noch nicht völlig abgebaut worden!
- verhandelt das Parlament über Verschärfungen im Asylgesetz!
- werden die Kosten der Krankenversicherung von Asylsuchenden bald nicht mehr unseren Prämien angelastet.

Steuern, Abgaben und Gebühren

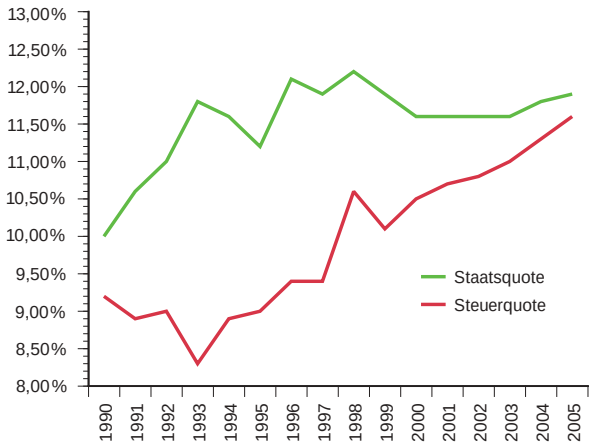
Die Fiskalquote ist in den letzten Jahren in der Schweiz stärker angestiegen als in fast allen anderen Industriestaaten. Dank der Finanzpolitik der letzten Jahre sind wir Weltmeister im Zahlen von Steuern geworden. Damit ist der einstige Standortvorteil unseres Landes praktisch verloren gegangen. Die SVP fordert einen Abbau der ins Unerträgliche gewachsenen Steuern, Abgaben und Gebühren. Der Staat hat seine Ausgaben so einzuschränken, dass sie die Einnahmen nicht überschreiten.

Runter mit den Steuern!

Staats- und Fiskalquote sind in den vergangenen zehn Jahren in die Höhe geschnellt; die Schuldenspirale dreht sich immer schneller. Während vergleichbare Länder in diesem Zeitraum einen Rückgang bzw. eine geringere Ausweitung der Staatsquote verzeichnen konnten, hat die Schweiz ein neues Rekordniveau erreicht. Die tiefe Steuerbelastung ist in den letzten Jahren als Standortvorteil der Schweiz praktisch verloren gegangen. Dies schadet unserem Land massiv. Die SVP wird alles daran setzen, wieder ein günstigeres Innovations- und Investitionsklima zu schaffen. Deshalb kämpft die SVP für Steuersenkungen und weniger Abgaben und Gebühren. Sie setzt sich dafür ein, dass das Steuerpaket nach der ausführlichen Version des Nationalrates in der Höhe von 2,8 Mia. Franken umgesetzt wird. Dringend ist zudem ein zweites Steuerpaket zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmungen und Gewerbe an die Hand zu nehmen. Bis zum Inkrafttreten der Familienbesteuerungsreform ist allen Familien mit Kindern zudem eine jährliche Steuererleichterung von 10% auf den direkten Bundessteuern zu gewähren.

Gesunder kantonaler Steuerwettbewerb

20% der Steuerzahlenden zahlen 80% der Steuern. Je höher die Steuern, desto eher wandern gute Steuerzahler ab, und den Verbleibenden obliegt eine noch grössere Last als vorher. Mit tieferen Steuern können dagegen neue Steuerzahler gewonnen werden. Somit steigen die Steuereinnahmen mit tieferen Steuersätzen an. Dieser Mechanismus spielt auch bei den Kantonen. Würde der gesunde Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen gesetzlich verunmöglicht, müssten letztlich alle deutlich mehr Steuern zahlen. Deshalb muss jeder Kanton und jede Gemeinde über seinen Steuerfuss entscheiden können.



Entwicklung Staats- und Steuerquote Bund

Weniger Abgaben und Gebühren

Die Substanz vieler KMU, aber auch der privaten Haushalte wird nebst den hohen Steuern zusätzlich durch hohe Gebühren und Abgaben ausgelaugt. Immer mehr Staatsaufgaben rufen nach immer neuen Abgaben und Gebühren. Aus vielen scheinbar kleinen Beträgen werden Unsummen. Alles ist zu berappen: von der Abfallentsorgung über Amtshandlungen bis hin zum Recht, staatliches Fernsehen zu schauen. Und das Jahr für Jahr ein bisschen mehr. Kaum jemand hat noch den Überblick über die Unzahl an staatlichen Abgaben. Die Behörden machen, was sie wollen. So wurden vielerorts verbrauchsabhängige Gebühren erhoben, ohne dass gleichzeitig andernorts entlastet wurde. Die SVP fordert deshalb, dass auf kantonaler Ebene die Höhe von Ge-

SVP UDC Schweizer Qualität

bühren und Abgaben in referendumsfähigen Erlassen klar und abschliessend geregelt und beziffert wird.

Steuereintreiber der EU? Nein danke!

Die SVP will den Finanz- und Bankenplatz Schweiz stärken. Sie fordert daher die Verankerung des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung. Damit wird die Privatsphäre des Bürgers geschützt und das Privateigentum als Basis des Wohlstandes gewährleistet. Unser Land hat auch nicht die Finanzprobleme anderer Länder zu lösen. Die SVP lehnt es deshalb ab, dass die Schweiz mit Massnahmen wie der Einführung einer Zahlstellensteuer für andere Länder das Steuereintreiben übernimmt.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Die schweizerische Wirtschafts- und Finanzpolitik ist auf dem falschen Weg (1999)

Steuern senken, den Wirtschaftsstandort Schweiz fördern (2000)

CO_2-Reduktion ohne neue Steuern und Abgaben (2001)

Forderungskatalog «Schluss mit der Schuldenwirtschaft!» (2002)

Bestellen unter www.svp.ch

Standpunkte

- Die SVP bekämpft die Erhöhung bestehender und die Schaffung neuer Steuern, Abgaben und Gebühren.
- Die SVP fordert eine substanzielle Senkung der Bundessteuern und eine Stabilisierung der Mehrwertsteuer.
- Die SVP tritt ein für die Reduktion der Gebühren auf Strom, Wasser und weiteren täglichen Belastungen. Wo verbrauchsabhängige Gebühren erhoben werden, sind die Steuern zu senken.
- Amtshandlungen, die staatlich vorgeschrieben sind, sollen gebührenfrei sein.
- Die SVP tritt ein für den Steuerwettbewerb mit dem Ziel, die Steuerlast zu senken.

Schweizer Qualität

SVP UDC

Verkehr

Als Land ohne eigene Rohstoffe ist die Schweiz auf leistungsfähige Verkehrsachsen existenziell angewiesen. Die Ideologisierung des Themas «Verkehr» hat der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes schweren Schaden bereitet und zahlreiche Arbeitsplätze zerstört. Das schlecht verhandelte Landverkehrsabkommen hat die Schleusen für die Lastwagenlawine Europas geöffnet. Seither kämpft die Schweiz mit permanentem Stau. Damit ist das Ziel der linken Verkehrspolitik erreicht: den Verkehr durch Stau zu blockieren und so die Mobilität von Bürgern und Wirtschaft einzuschränken. Dabei wird bewusst in Kauf genommen, dass Randgebiete und insbesondere der Kanton Tessin massiv benachteiligt werden. So wird nicht nur der Wohlstand, sondern auch der Zusammenhalt unseres Landes gefährdet. Die SVP fordert eine Verflüssigung des Verkehrs durch eine optimale Verkehrsinfrastruktur, attraktive Lösungen für den öffentlichen Verkehr und nötigenfalls Neuverhandlungen über den Landverkehr. Auch beim Luftverkehr hat sich der Bundesrat gegenüber Europa besser für die Interessen unseres Landes einzusetzen.

Schluss mit «Management by Stau»

Die Transitachsen sind infolge des Landverkehrsabkommens und der Aufhebung der 28-Tonnen-Limite dauernd überlastet. Statt die Kapazitäten und die Sicherheit zu verbessern, betreibt der Bundesrat Verkehrsbehinderungspolitik mit dem Ziel, den motorisierten Verkehr zu vertreiben. Dies widerspricht dem Grundprinzip der freien Wahl des Verkehrsmittels. Zudem werden Bergtäler, Randgebiete und der Kanton Tessin damit massiv benachteiligt. Die Schweiz ist kein Lastwagenparkplatz. Die Dosierung ist deshalb an die Landesgrenze zu verschieben. Der Binnen- und der Import-Export-Verkehr sind zu priorisieren. Es sind Neuverhandlungen des Landverkehrsabkommens mit der EU anzustreben. Wenn keine entscheidende Verbesserung des Abkommens erreicht werden kann, ist eine Kündigung zu prüfen.

Notwendiger Infrastrukturausbau

Die SVP befürwortet den Bau einer zweiten Tunnelröhre am Gotthard-Strassentunnel und den Ausbau der A1 auf sechs Spuren zwischen Zürich und Bern sowie Lausanne und Genf, ebenso einen zweiten Rheinübergang für die Schiene im Raum Basel. Planung und Bau der zweiten Gotthardröhre sind unverzüglich an die Hand zu nehmen, wie dies die SVP seit Jahren fordert. Ohne Verbesserung der Strasseninfrastruktur ist die EU-Lastwagenlawine

SVP UDC
Schweizer Qualität

nicht zu bewältigen und die Sicherheit nicht zu verbessern.
Die strukturellen Bemühungen zur Verlagerung des Verkehrs von der Strasse auf die Schiene sind zu begrüssen, funktionieren jedoch nur, wenn die Infrastruktur auch in den Nachbarländern vorhanden ist. Die Investitionen sind unter Berücksichtigung der europäischen Entwicklungen zu planen.

Keine Zweckentfremdung der Verkehrsgelder

Die SVP macht sich weiterhin stark für die Schaffung des Fonds für die Einnahmen der zweckgebundenen Mineralölsteuern und der Nationalstrassenabgaben. Die Mittel sollen aus der Bundesrechnung ausgegliedert, transparent in einen Fonds überführt und zu marktüblichen Konditionen verzinst werden. Die verfassungsmässigen Beiträge des Bundes an den privaten und öffentlichen Agglomerationsverkehr sind künftig aus diesem Fonds zu finanzieren.

Der Bund ist kein Verkehrsunternehmer

Die SVP verlangt eine klare Aufgabenteilung im Verkehr. Der Bund kann nicht Verkehrsunternehmer und gleichzeitig Aufsichtsbehörde sein. Unter diesem Aspekt ist die Bahnreform zügig umzusetzen und die Swiss-Beteiligung abzustossen. Der Bund muss sich darauf beschränken, Rahmenbedingungen für den Betrieb von effizienten und zweckmässigen Verbindungen zu schaffen. Dazu gehören internationale Abkommen, die den Bedürfnissen der Schweiz gerecht werden und nicht von aussenpolitischem Duckmäusertum geprägt sind.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Mobilität nach Mass (1999)

Verkehrspapier (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Standpunkte

- Die SVP tritt für die freie Wahl des Verkehrsmittels ein und lehnt verkehrsbehindernde Schikanen ab.
- Die SVP fordert den Ausbau des bestehenden Nationalstrassennetzes und der Hauptstrassen. Die Planung und der Bau der zweiten Gotthardröhre sind unverzüglich an die Hand zu nehmen.
- Die SVP lehnt weitere Erhöhungen der Steuern auf den Treibstoffen (Mineralölsteuer und -zuschlag) ab. Sie tritt ein für die Überführung der Rückstellungen von aktuell 3,5 Mia. Franken in einen Fonds und ihre zweckgebundene Verwendung für das Strassenwesen.
- Die Einführung von neuen Lenkungsabgaben wie das Road-Pricing lehnt die SVP ab.
- Die SVP wehrt sich gegen schlecht geplante Subventionen zur Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene. Projekte sind realistisch und dem Wettbewerb angepasst zu planen.
- Die SVP wehrt sich dagegen, dass die Schweiz zum Parkplatz für den internationalen Lastwagenverkehr verkommt und fordert eine Dosierung des Schwerverkehrs vor der Einreise in die Schweiz.
- Die SVP fordert Neuverhandlungen mit der EU über den Landverkehr.
- Die SVP befürwortet eine konkurrenzfähige schweizerische Flughafeninfrastruktur.

Verkehr

Schweizer Qualität
SVP UDC

Wirtschaft

Nur eine gesunde Wirtschaft sorgt für Arbeitsplätze, ermöglicht Wohlstand und sichert ein funktionierendes soziales Netz. Der Wirtschaft geht es heute schlecht, weil der Staat immer mehr eingreift, Auflagen macht und Geld umverteilt, statt günstige Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen. Die SVP ist die einzige Partei, die sich heute noch konsequent für den Finanz- und Werkplatz Schweiz und damit für mehr Arbeitsplätze einsetzt. Die SVP fordert einen Abbau der verteuernden Auflagen, Vorschriften und der Bürokratie. Sie fordert eine Reduktion der Steuern, Abgaben und Gebühren und mehr Freiheit für die Unternehmer. So kann die Wirtschaft wieder wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen.

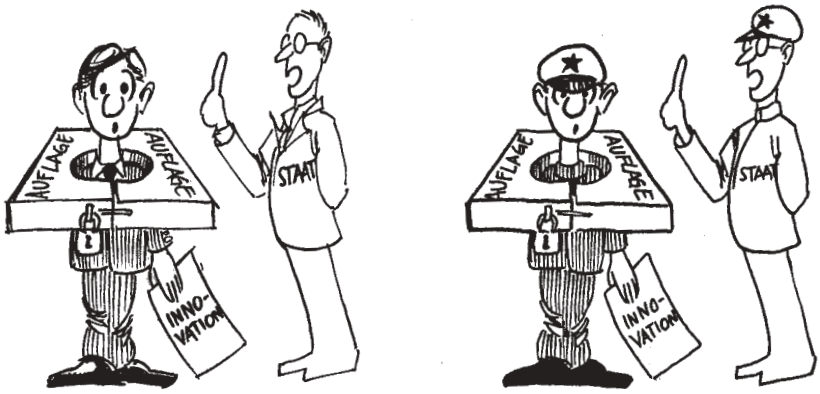
Unternehmerische Freiheit für sichere Arbeitsplätze

Die Belastung durch Steuern, Abgaben und Gebühren ist in den vergangenen Jahren in der Schweiz stärker angestiegen als in jedem anderen Land. Die Erhöhung der Staats- und Fiskalquote hat die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz entscheidend geschwächt. Die verantwortungslose Finanzpolitik und das kurzsichtige und unüberlegte Eingreifen des Staates in die Privatwirtschaft wie im Fall Swissair führt unser Land in eine völlig falsche Richtung. Der überbordende Staatsinterventionismus führt letztlich zum Untergang der schweizerischen Volkswirtschaft. Damit werden Arbeitsplätze zerstört und nicht erhalten, wie glauben gemacht wird.

Die SVP fordert eine Abkehr von diesem Irrweg. Die Handels- und Gewerbefreiheit darf vom Staat nicht weiter beschnitten werden. Wir können uns keine ordnungspolitischen Sündenfälle mehr leisten. Der Staat hat für eine gute Infrastruktur, Sicherheit, Stabilität zu sorgen und möglichst viel unternehmerische Freiheit zu gewähren. Er darf aber nicht in den funktionierenden Markt eingreifen. Nur so können die Unternehmen neue sichere Arbeitsplätze schaffen. Wenn der Staat beginnt, unrentable Unternehmen zu subventionieren, gefährdet er die eigene Stabilität. Die SVP fordert eine liberale Wirtschaftsordnung, die den Unternehmen Spielraum für Innovationen und flexible Anpassungen an die Bedürfnisse der Märkte lässt. Unnötige staatliche Fesseln sowie die hohen Steuern, Lohnprozente, Abgaben und Gebühren sind abzubauen. Damit würde auch die Schwarzarbeit wirksam bekämpft.

Gute Rahmenbedingungen sind entscheidend

Die SVP setzt sich ein für eine gute Infrastruktur für Wirtschaft und Gewerbe. Güter müssen rasch und zuverlässig transportiert werden können. Es braucht ein gut ausgebautes Verkehrsnetz, nicht nur auf der Schiene, sondern auch auf der Strasse und in der Luft. Die SVP fordert insbesondere einen beschleunigten Ausbau des Strassennetzes, um die grossen volkswirtschaftlichen Schäden der immer weiter zunehmenden Staustunden



SVP UDC Schweizer Qualität

zu reduzieren. Im Weiteren muss genügend Energie zu günstigem Preis zur Verfügung stehen.
Von entscheidender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort sind aber auch die politische Stabilität und die Sicherheit. Sie gewährleisten den Schutz des Privateigentums als zentrale Grundlage für Gewerbe und Wirtschaft.

Transparenz statt Filz

Misswirtschaft und schlechtes Management haben das Vertrauen in viele Unternehmungen erschüttert. Es ist Mode geworden, dass Verwaltungsräte, Beiräte und Geschäftsleitungen sich aus dem Vermögen der Firmen bereichern, die ihnen gar nicht gehören. Das Privateigentum der Anleger ist so in vielen Firmen nicht mehr gewährleistet. Ein wirksamer Schutz für den Eigentümer ist heute unmöglich: Das Eigentum ist zu breit gestreut, die Bezüge der Spitzenleute sind nicht transparent, und die Einflussnahme auf den Verwaltungsrat ist infolge des generellen Depotstimmrechts unmöglich. Die SVP setzt sich deshalb dafür ein, dass die Höhe sowie die Art und Weise sämtlicher Entschädigungen und Beteiligungen der Mitglieder des Verwaltungsrates, der Beiräte und der Geschäftsleitung von Firmen, deren Aktien an der Börse gehandelt werden, einzeln offen gelegt werden.

Standpunkte

- Die SVP setzt auf unternehmerischen Freiraum und soziale Verantwortung zur Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Die SVP kämpft für einen steuergünstigen Unternehmensstandort Schweiz durch:
  – eine generelle Reduktion der Unternehmenssteuer
  – die Aufhebung der steuerlichen Doppelbelastung (beim Unternehmen als Gewinn und beim Aktionär als Dividende)
  – eine weitere Senkung der Emissionsabgabe.
- Die SVP setzt sich dafür ein, dass Gewinne, die in ein Unternehmen reinvestiert werden, einem günstigeren Steuersatz unterstellt werden.
- Auf zusätzliche Lohnprozente für unsere Sozialversicherungen muss verzichtet werden.
- Schwarzarbeit ist primär durch tiefe Steuern und Abgaben sowie einfache administrative Verfahren zu bekämpfen.

Wenn Sie mehr wissen möchten:

Steuern senken, den Wirtschaftsstandort Schweiz fördern (2000)

Taten statt Worte – Ja zum Wirtschaftsstandort Schweiz (2002)

Forderungskatalog «Schluss mit der Schuldenwirtschaft!» (2002)

Für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz (2003)

Bestellen unter www.svp.ch

Schweizer Qualität
SVP UDC

Schlagwortverzeichnis

Abgaben 5, 6, 20, 21, 27, 36, 38, 52 – 53, 56 – 57
Agrarpolitik 38 – 39
AHV 5, 14 – 15, 31, 46 – 47
Alkohol 19
Arbeitsplätze 7, 12, 16, 27, 28, 36, 47, 54, 56 – 57
Armee 44 – 45
Asylrekurskommission 10 – 11
Atomenergie s. Kernkraft
Auflagen 20 – 21, 36 – 37, 38 – 39, 56
Bankkundengeheimnis 16 – 17, 22 – 23, 53
BVG 15
Berufslehre 19
Bevölkerungsschutz 44
Bilaterale Verträge 13, 16 – 17, 22 – 23
Bürokratie 22, 43, 56
Cannabis s. Drogen
CO_2-Abgabe 20 – 21
Diesel 21
Direktzahlungen 38
Direkte Demokratie 6, 8
Dritte Säule 46
Doping 48 – 49
Dosierung 54 – 55
Drogen, Drogenhandel 5, 10, 15, 19, 34 – 35, 44 – 45, 50
Dubliner Erstasylabkommen 16 – 17
Einbürgerung 12 – 13, 22 – 23, 51
EO 15
Erdöl 20
EU 5, 7, 9, 13, 14, 16 – 17, 22 – 23, 39, 53, 54 – 55
Expo 7, 33
Fachhochschule 19, 29
Familiennachzug 12 – 13
Familienzulage 25
Fernsehen 40 – 41, 52
Filz 6, 8, 15, 32 – 33, 57
Finanzplatz 5, 16 – 17, 33
Fiskalquote 6, 52, 56
Föderalismus 8 – 9, 13
Frauen 24, 30
Freiheit 5, 8 – 9, 16 – 17, 22 – 23, 24, 33, 34, 38 – 39, 40, 43, 45, 56
Freizeit 24, 48
Frieden 8, 17, 23
Gebühren 5, 27, 36, 40 – 41, 52 – 53, 56
Gentechnik 29
Gewalt 5, 9, 18 – 19, 45, 48
Gleichstellung 5, 24 – 25
Goldreserven 14, 46 – 47
Gotthard 54 – 55
Grenzschutz 11, 22 – 23, 44, 51
Grundversorgung 9, 40 – 41
Gute Dienste 17
Hochschule 19, 28 – 29
Illegale Einwanderer 10, 50
Infrastruktur 9, 38 – 39, 54 – 55, 56
Integration 12 – 13
Ius soli 13
Journalismus 40 – 41
Jugendliche 18, 30, 35, 45
Kernkraft 20 – 21
Kinder 18 – 19, 24, 30 – 31, 32, 42, 52
Kinderkrippen 5, 24 – 25
Klonen 29
KMU 27, 36 – 37, 52
Konkordanz 6 – 7
Kooperation 44
Krankenversicherung 34 – 35, 42 – 43, 57
Kriminalität 5, 23, 45
Kulturförderung 49
KVG 34, 42
Landverkehrsabkommen 54
Luftverkehr 54
Männer 24, 30
Mehrwertsteuer 14 – 15, 36 – 37, 46 – 47, 53
Militär 44 – 45
Nahrungsmittel 39
NATO 16, 23, 44 – 45
Neutralität 17, 23, 44 – 45, 47
Ökologische Steuerreform 21
Palliativmedizin 35
Pensionskasse 15, 33, 46
Personenfreizügigkeit 13, 17
Polizei 44 – 45
Prämiensenkungsinitiative 34 – 35, 42 – 43
Radio 40 – 41
Randgebiete 8 – 9, 54
Regionalpolitik 9
Rentenalter 14, 46 – 47
Sans Papiers 50
Schengen 16 – 17
Schule 18 – 19
Schwarzarbeit 56 – 57
Schweizer Qualität 38
Senioren 30 – 31
Sexualstraftäter 45
Sicherheitsdepartement 44 – 45
Sozialversicherung 9, 14, 42, 47, 57
SRG 40 – 41
Staatshaushalt 5, 27
Staatsquote 26 – 27, 32, 52
Staatsvertrag 17
Stammzellen 29
Stau 54, 56
Sterbehilfe 34 – 35
Stimm- und Wahlrecht 13
Strommarkt 21
Subventionen 5, 9, 25, 29, 49, 55
Suchtmittel 18
Swissair 33, 56
Tagesschule 24
Transparenz 33, 34, 43, 46, 57
Treibstoff 20, 55
Umweltschutz 20
Unabhängigkeit 5, 16, 22, 44 – 45
Universität 19
UNO 17, 23
Verbandsbeschwerderecht 36 – 37
Vereine 9, 30, 48
Völkerrecht 17, 23
Volkswirtschaft 19, 56,
Waffen 45
Wasserkraft 20 – 21
Willensnation 8 – 9, 13
Wohlstand 8 – 9, 24, 26, 30, 53, 54, 56
WTO 16
Zauberformel 6 – 7
Zigaretten 19
Zivilschutz 44
Zweite Säule 15, 46

SVP UDC Schweizer Qualität

Die Adresse für weitere Informationen:

Generalsekretariat SVP Schweiz
Brückfeldstrasse 18
3000 Bern 26
Telefon 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85
E-Mail: gs@svp.ch; Internet: www.svp.ch

Schweizer Qualität

SVP
UDC

ISBN-Nr.: 3-9522711-0-1

Schweizerische Volkspartei
Brückfeldstrasse 18, Postfach
CH-3000 Bern 26
E-Mail: gs@svp.ch; Internet: www.svp.ch